



Wotanstraße 86
80639 München
Telefon 0 89/2 8001 11
Fax 0 89/2 8056 64
info@vhbb.de
www.vhbb.de
ISSN 1862-6890

AUSGABE 2019

FÜHRUNGSKRÄFTE BAYERISCHER VERWALTUNGEN

MITTEILUNGEN

INHALTSVERZEICHNIS

■ AKTUELLES UND GRUNDSÄTZLICHES

Vorwort1

■ MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Mitgliederversammlung des VHBB 2

Geschäftsbericht des 1. Vorsitzenden 8

Kassenbericht 2017-201813

■ AUS DEN BEZIRKSVERBÄNDEN

Oberbayern14

Niederbayern19

Mittelfranken.....21

Unterfranken 22

Schwaben..... 25

■ AUS DEN FACHBEREICHEN

Fachbereich Technik 26

Fachbereich Lebensmittelchemie 30

Fachbereich Kunst und Kultur 37

■ BUCHBESPRECHUNG

Beamtenversorgungsgesetz. Kommentar 40

■ AUSBLICK

Ausblick des 1. Vorsitzenden 42

Als neue Mitglieder begrüßen wir herzlich 43

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder 44

Impressum /Autoren 44



*Liebe Mitglieder,
Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freunde,*

vor wenigen Wochen fand in München unsere alle vier Jahre stattfindende Mitgliederversammlung mit den Vorstandswahlen statt. Bemerkenswert ist, dass alle Mitglieder des Vorstands jeweils mit einem einstimmigen Votum der Mitgliederversammlung gewählt wurden. Für diesen außerordentlich großen Vertrauensbeweis möchte ich mich persönlich und auch namens des gesamten Vorstands ganz herzlich bedanken.

Unsere bisherige stellvertretende Vorsitzende, Regierungspräsidentin *Heidrun Piwernetz* hat aus beruflichen Gründen auf eine weitere Kandidatur verzichtet. Ebenso hat unser Vorstandsmitglied *Rudolf Rast* nach jahrzehntelanger Tätigkeit als Kassenleiter um seine Entbindung durch den Vorstand gebeten. Es ist selbstverständlich, dass wir diese Wünsche respektieren und uns für das erbrachte Engagement herzlich bedanken. Der Vorstand wird in seiner konstituierenden Sitzung einen neuen Kassenleiter bestimmen.

Nun ist es mir eine große Freude und Ehre, mit *Johannes Eisentraut* ein langjähriges und verdientes Mitglied des Vorstands als neuen stellvertretenden Vorsitzenden an der Spitze des Verbandes zu begrüßen. Wir beide kennen und schätzen uns gegenseitig nun schon einige Jahre, sodass ich einer konstruktiven und sehr guten persönlichen Zusammenarbeit entgegensehen kann.

Dasselbe gilt selbstverständlich für den gesamten Landesvorstand. Die regelmäßigen Sitzungen sind von einer sehr guten kollegialen Atmosphäre mit fachlich effizienten Diskussionen geprägt, die mitunter in der Sache durchaus auch kontrovers und lebendig geführt werden. Am Ende steht jedoch ein von allen getragenes Ergebnis. Ich halte dies in einer Zeit von fake-news, hate-speech und shit-storm (bitte verzeihen Sie mir die Anglizismen) für durchaus erwähnenswert. Es zeigt, dass wir in unserem Verband gemeinsame Werte vertreten und nicht diese oberflächliche Schnelllebigkeit akzeptieren, die nicht zuletzt aufgrund der sogenannten sozialen Medien um sich greift.

Ist das jetzt Zufall, dass wir als Berufsverband von Beamtinnen und Beamten an bewährten gesellschaftlichen

Konventionen, dem Respekt vor anderen Meinungen und der Wertschätzung des Gegenübers festhalten wollen? Nein!

Möglicherweise werden die *hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums* (Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz) von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern auch belächelt und als alte Zöpfe angesehen. Aber ein öffentlicher Dienst, der seine Aufgabe – dem Staat und damit genau diesen Bürgerinnen und Bürgern zu dienen – ernst- und wahrnimmt, ist genau einer der Garanten für den Bestand unseres demokratischen Rechtsstaats.

Um Missverständnisse zu vermeiden: es gibt Ansätze zur Spaltung der Gesellschaft und auch bedenkliche Angriffe auf das Zusammenspiel der demokratischen Kräfte – übrigens weltweit. Aber ich halte unsere demokratische Gesellschaft zum jetzigen Zeitpunkt nicht für im Bestand gefährdet. Wir Beamte und der öffentliche Dienst insgesamt als Teil der Exekutive wollen jedenfalls unseren Beitrag zur Gewaltenteilung und damit der ausgewogenen Architektur der Demokratie leisten.

Die bayerische Staatsregierung führt den partnerschaftlichen Weg mit dem öffentlichen Dienst fort. Der Koalitionsvertrag wird hinsichtlich der Vereinbarungen für den öffentlichen Dienst konsequent umgesetzt. Die Besoldung der bayerischen Beamtinnen und Beamten ist im Ländervergleich nach wie vor in der Spitzenposition in Deutschland. Der Gesetzentwurf *zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften* ist zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses im federführenden Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes beschlossen worden. Der öffentliche Dienst in Bayern wird über die Parteigrenzen hinweg nach wie vor hoch geschätzt.

Ich verletze keine parteipolitische Neutralität, wenn ich hierfür der Staatsregierung und dem Bayerischen Landtag meinen ausdrücklichen Dank ausspreche. Nicht vergessen will ich hier unseren Dachverband, den Bayerischen Beamtenbund, der seit vielen Jahren einen konstruktiven Dialog mit der Staatsregierung führt.



Selbstverständlich darf am Schluss meiner Gedanken zum Jahresende das ganz herzliche Dankeschön an alle aktiven Mitglieder im Landesvorstand, in den Bezirksvorständen und in den Fachbereichen nicht fehlen. Hier wird ehrenamtlich eine großartige Arbeit geleistet, die unseren Verband nach innen und nach außen hin mit Leben füllt. Es ist heutzutage nicht mehr selbstverständlich, dass sich Vereinsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen in die Vereinsstrukturen einbringen. Wenn ich in diesem Zusammenhang unsere jüngeren Kolleginnen und Kollegen darum bitte, selbst die Gremien verstärkt zu besetzen, so bitte ich das nicht als Vorwurf zu verstehen. In vielen Gesprächen höre ich die durchaus nachvollziehbaren Bedenken, man wolle sich neben dem Beruf auch um die Familie kümmern, man müsse sich zunächst im Beruf selbst engagieren und ähnliche Gedanken. Dies will ich nicht von der Hand weisen. Ich bitte aber die jüngere Generation, sich bei der Verbandsarbeit gerade für die eigene Zukunft zu engagieren. Wenn die Verbandsarbeit in einer guten Mischung der Generationen auf viele Schultern verteilt wird, ist die Belastung für Einzelne durchaus verkraftbar.

Ebenso gilt mein herzlicher Dank unserem treuen Personal in der Geschäftsstelle, *Rosalía Winklhofer* und *Roland Hoffmann*. Diese außerordentlich gut funktionierende Geschäftsstelle hat wieder einmal die Mitgliederversammlung perfekt organisiert und ermöglicht mir im Übrigen erst die Arbeit als nicht in München ansässigen Vorsitzenden.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich für die bevorstehenden Feiertage und den Jahreswechsel alles Gute, viel Gesundheit und Gottes reichen Segen.

Herzliche Grüße

Peter Meyer
 Peter Meyer
 1. Vorsitzender



Mitgliederversammlung des VHBB

Die alle vier Jahre stattfindende Mitgliederversammlung des VHBB mit Neuwahlen fand in diesem Jahr am 24. Oktober im Sitzungssaal des Bezirks Oberbayern in München statt.

Der 1. Vorsitzende Peter Meyer begrüßte die Mitglieder und die erschienenen Ehrengäste, darunter die *Landtagsabgeordneten Tessa Ganserer* und *Wolfgang Fackler*, den Vorsitzenden des Landtagsausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes. Weiterhin begrüßte er den Hauptredner der Veranstaltung, *Ministerialdirektor Dr. Alexander Voitl* vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat. Vom Bayerischen Beamtenbund kam der *stellvertretende Vorsitzende Gerhard Wipijewski*, der zugleich der Vorsitzende der Bayerischen Finanzgewerkschaft ist.



Ebenso begrüßte er herzlich *Sabine Lotz-Schimmel-pfennig*, Vorsitzende des Verbands der Bayerischen Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen und *Monika Deubzer*, 1. Vorsitzende des Verbandes der bayerischen Lehr- und Beratungskräfte, Ernährung, Ländlicher Raum, Agrarwirtschaft e.V. (VELA). Gemeinsam mit dem VHBB und weiteren bayerischen Verbänden des höheren Dienstes bilden diese zwei Verbände die Arbeitsgemeinschaft Akademische Beamte und Richter in Bayern (AABR).

Aus dem Kreis der Mitglieder begrüßte Herr Meyer Staatssekretär a.D. *Georg Schmid*, den Ehrenvorsitzenden *Dr. Wolfgang Kunert* sowie die Ehrenmitglieder *Dr. Günter Hilg* und *Wolfgang Wigand*. Anschließend bat Herr Meyer den Abgeordneten Wolfgang Fackler um sein Grußwort, das er auch in seiner Funktion als Ausschussvorsitzender hielt.

Herr Fackler überbrachte die Grüße des Ausschusses für den öffentlichen Dienst und dankte den Mitgliedern des höheren Dienstes und des VHBB für ihre engagierte Arbeit. Er berichtete über die Arbeit im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und die vielfältigen Verbesserungen,

die gemeinsam mit dem Bayerischen Landtag und dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat erreicht werden konnten.

Ein guter Service an der Schnittstelle von Bürger und Staat ist die Aufgabe des öffentlichen Dienstes in Bayern. Dafür benötigt ein leistungsfähiger, bürgernaher öffentlicher Dienst attraktive Rahmenbedingungen.

Hierzu gehören familienfreundliche Arbeitsbedingungen, eine gute Personalausstattung zur effizienten Aufgabenerfüllung, Anreize zur Nachwuchsgewinnung, moderne Verwaltungsstrukturen, indem man die Chancen der Digitalisierung nutzt und den Erhalt des Berufsbeamtentums, um die Funktionsfähigkeit des Staates zu sichern.

Besorgt zeigte sich Herr Fackler, dass die Beschäftigten des Freistaates Bayern während und außerhalb ihrer Dienstausbübung immer öfter Anfeindungen, Beleidigungen und körperlichen Übergriffen ausgesetzt sind.

Anschließend trat Herr Gerhard Wipijewski für das Grußwort des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) an das Rednerpult. Er dankte dem VHBB und dem 1. Vorsitzenden Peter Meyer persönlich sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit innerhalb des BBB und damit zum Wohle des Berufsbeamtentums. Mit *Dr. Monika von Walter* und *Ilse Schedl* kommen zwei weitere aktive Mitstreiter aus dem VHBB. Herr Wipijewski skizzierte im Folgenden die gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung und dem Bayerischen Landtag in den letzten Jahren erzielten Neuerungen und Verbesserungen für die Beamtinnen und Beamten auf. Die seit mehreren Tarifabschlüssen praktizierte inhaltsgleiche Übernahme



der wichtigsten Themen ist die Nachwuchsgewinnung. Für einen modernen und attraktiven öffentlichen Dienst werden sogar zusätzliche Maßnahmen für Berufsanfänger zur zukunfts-trächtigen Personalgewinnung ergriffen. Damit setzt Bayern ein Zeichen zur weiteren Attraktivitätssteigerung. Ab 2020 wird die Eingangsbesoldung für künftig eingestellte Beamtinnen und Beamte angehoben.

Ein weiteres Kernelement zur Honorierung der Leistungen der baye-rischen Beamtinnen und Be-amten sind und bleiben Beförderungsmöglichkeiten. In den Doppelhaushalten 2009/2010 bis 2019/2020 wurden daher über 60.100 zusätzliche Stellenhebungen bzw. Beförderungsmöglichkeiten eingestellt.

Auch die Vereinbar-keit von Familie und Beruf wurde in der neueren Zeit weiter durch vielfältige Maßnahmen ausgebaut. In den Bereichen Teilzeit und Beihilfe konnten Verbesserungen ermöglicht werden. Und weitere Verbesserungen für den öffentlichen Dienst sind in Arbeit. Das derzeit im Bayerischen Landtag beratene Gesetz zur besse-ren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften enthält eine Vielzahl von Ele-menten, die diesen Bemühungen Rechnung trägt.

Neben dem Bereich der Familienfreundlichkeit wird auch die IT des Freistaats Bayern unentwegt weiterent-wickelt und an den derzeitigen technischen Stand ange-passt. Damit das auch in Zukunft so bleibt, werden langfristige Maßnahmen zur Gewinnung von IT-Fachkräften ergriffen.

Der Freistaat Bayern formuliert ein klares Nein zu Einheitsversicherung und Einheitsrente. Das sog. Hamburger Modell ist mit unkalkulierbaren Haushaltsmehrbelastungen für den Staat verbunden und birgt auch für die wechselnden Beamten Risiken, die nicht mehr in die Beihilfe zurückwech-



Gerhard Wipijewsk



Wolfgang Fackler und Peter Meyer

Dr. Alexander Voitl

seln können. Darüber hinaus ist es ein erster Schritt zur Einheitsversicherung. Dieses Modell stellt grundsätzlich das deutsche System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung sowie das Berufsbeamtentum infrage.

Dasselbe gilt für die sog. Einheitsrente, die erst kürzlich der VdK mit Unterstützung der Bundes-SPD wieder ins Spiel gebracht hat. Auch diese wird es in Bayern nicht geben. Denn zusätzliche Beitragszahler lösen kein Finanzierungsproblem der gesetzlichen Rentenversicherung, weil damit auch zusätzliche Leistungsansprüche verbunden sind. Dagegen ist es sicher, dass die öffentlichen Haushalte durch die Mehrkosten für Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur Zusatzversorgung deutlich mehr belastet würden.



Durch tatsächliche und wirksame Verbesserungen sind die bayerischen Beamtinnen und Beamten hoch motiviert und haben eine hohe Leistungsbereitschaft. Dies ist ein entscheidender Standortvorteil für Bayern.

Abschließend dankte Dr. Voitl dem VHBB und seinem Vorsitzenden Peter Meyer für die stets konstruktive Zusammenarbeit. Herr Meyer dankte Herrn Dr. Voitl sehr herzlich für seine Rede und seine Verbundenheit zum VHBB.

Anschließend gab der 1. Vorsitzende seinen Rechenschaftsbericht für die vergangenen zwei Jahre ab. Dieser ist im Anschluss abgedruckt. Nach Abschluss seines Rechenschaftsberichtes unterbrach Herr Meyer die Sitzung für die Mittagspause. Die Mitglieder begaben sich in das Casino des Bezirks Oberbayern.

Nach dieser Unterbrechung wurde die Sitzung fortgesetzt und Peter Meyer bat den langjährigen Kassenleiter

ERGEBNISSE DER NEUWAHLEN IM VHBB VOM 24. OKTOBER 2019

Fachbereichsrat RECHT

Erich Bauer	Abteilungsdirektor a. D.	
Dr. Wolfgang Bruckmann	Abteilungsdirektor	Bezirk Oberbayern
Peter Ditze	Regierungsdirektor	Bezirk Unterfranken
Wolfgang Karl Göhner	Regierungsdirektor	Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
Dr. Günter Hilg	Abteilungsdirektor a. D.	Wolfratshausen
Walter Leuner	Abteilungsdirektor	Regierung von Mittelfranken
Leo Mittermüller	Regierungsdirektor a. D.	Lenting
Michael Pahlke	Oberregierungsrat	Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
Fiona Wagner-Woodier	Regierungsrätin	Landratsamt Landshut
Petra Wengert	Oberregierungsrätin	Regierung von Schwaben

Fachbereichsrat TECHNIK

Jochen Braun	Baudirektor	Regierung von Schwaben
Erna Brennauer	Baudirektorin	Regierung von Oberbayern
Bernhard Brunner	Regierungsdirektor	Regierung von Mittelfranken
Gerald Dengler	Regierungsdirektor	Bayerische Staatskanzlei
Johannes Eisentraut	Vermessungsdirektor	Landesamt für Vermessung und Geoinformation
Reiner Essl	Baudirektor a. D.	Rosenheim
Steve Gallasch	Baudirektor	Regierung von Schwaben
Thomas Hölzl	Ministerialrat	Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
Norbert Knoblach	Baudirektor	Staatliches Bauamt Ingolstadt
Christian Schiebel	Ltd. Baudirektor	Regierung von Oberbayern
Barbara Schneider	Baudirektorin	Oberste Baubehörde
Thomas Spitzer	Bauberrat	Landesbaudirektion Bayern
Frieder Vogelsgesang	Ltd. Baudirektor	Regierung von Oberbayern
Otto Waldmann	Baudirektor	Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken

Fachbereichsrat LEBENSMITTELCHEMIE

Dr. Elisabeth Bumberger	Chemieoberrätin	Bayer. Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
Dr. Norbert Christoph	Ltd. Chemiedirektor a. D.	Waldbrunn
Dr. Martin Feuerbach	Chemieoberrat	Bayer. Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
Dr. Ulla Haderlein	Chemieoberrätin	Bayer. Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
Dr. Christian Hinkel	Chemiedirektor	Bayer. Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
Dr. Martin Rapp	Chemiedirektor	Bayer. Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
Dr. Guido Schleifer	Chemiedirektor a. D.	Fürth
Dr. Birgit Zimmermann	Chemiedirektorin	Bayer. Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Fachbereichsrat KUNST UND KULTUR

Dr. Manfred Bauer	Ltd. Regierungsdirektor	Regierung der Oberpfalz
Dr. Katrin Janis	Museumsdirektorin	Bayerische Verwaltung der Staatlichen Schlösser, Gärten und Seen
Dr. Susanne Millet	Archivoberrätin	Bayerischen Hauptstaatsarchiv
Dr. Lore Mühlbauer	Bauberrätin	Regierung von Oberbayern
Dr. Atrid Scherp-Langen	Konservatorin	Bayerisches Nationalmuseum
Dr. Monika von Walter M.A.	Archivoberrätin	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
Harald Wilhelm	Direktor	Hochschule für den öffentlichen Dienst

Rudolf Rast um seinen Kassenbericht. Herr Rast erläuterte darin die finanzielle Entwicklung des Verbandes in den Jahren 2017 und 2018. Nach diesem Vortrag dankte der Vorsitzende Herr Rast von ganzen Herzen für sein langjähriges Engagement für den Verband. Anschließend bat Herr Meyer die fünf Fachbereichsvorsitzenden um Ihre Berichte.

Für den Fachbereich Recht erläuterte *Hans-Peter Smolka* kurz die Situation innerhalb des Fachbereichsrates. Aufgrund seiner beruflichen Veränderung kann er leider den Vorsitz nicht weiter ausüben. Der in der heutigen Sitzung neu zu wählende Fachbereichsrat wird deshalb in seiner konstituierenden Sitzung einen neuen Vorsitzenden wählen.

In Vertretung des dienstlich verhinderten Fachbereichsvorsitzenden *Frieder Vogelsgang* sprach das Vorstandsmitglied *Thomas Hölzl* kurz über die Arbeit und die Themen des Fachbereichsrates Technik. In mehreren Sitzungen wurden Themen wie die Gründung der Infrastrukturgesellschaft *Die Autobahn*, der Aufgabenzuwachs in der Bauverwaltung und der Personalmangel behandelt. Einen ausführlichen Bericht aus dem Fachbereich finden Sie ab Seite 26.

Dr. Norbert Christoph ging in seinem Vortrag auf die mehrmals jährlich stattfindenden Sitzungen des Fachbereichsrates Lebensmittelchemie ein. Beherrschendes Thema waren die vielfältigen Bemühungen zur Personalverbesserung in den Untersuchungsbereichen des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Ein Gesprächstermin mit dem Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz *Torsten Glauber* wurde von Seiten des Ministerbüros zugesagt, ein konkreter Termin wird derzeit koordiniert. Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege hat in seiner Verbändeanhörung zu einem Entwurf des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes – GDVG auch den Fachbereich Lebensmittelchemie gebeten, eine Stellungnahme hierzu abzugeben. Diesem Wunsch ist der Fachbereichsrat nachgekommen. Am Ende dankte Dr. Christoph dem langjährigen Fachbereichsvorsitzenden *Dr. Knut Werkmeister* für sein großartiges Engagement mit einem Präsent. Die gesamten Aktivitäten des Fachbereiches können Sie ab Seite 30 finden.

Die Arbeit des Fachbereichs Kunst und Kultur wurde durch die Vorsitzende *Dr. Monika von Walter* vorgestellt. Der jüngste Fachbereich des VHBB ist sehr aktiv und wächst



stetig. Den gesamten Bericht von Frau Dr. von Walter ist auf Seite 38 abgedruckt.

Nachdem es zu den Berichten keine Wortmeldungen gab, bat Herr Meyer das Ehrenmitglied *Dr. Günter Hilg*, die Sitzungsleitung zu übernehmen und die nun folgenden Wahlen zu leiten.

Dr. Hilg fragte die Anwesenden, ob die Entlastung des Vorstands gewünscht würde. Die Mitgliederversammlung beschloss einstimmig, den Vorstand zu entlasten. Daraufhin führte Dr. Hilg die Wahlen durch. Die Wahlergebnisse des Vorstands sind auf Seite 4, die der Fachbereichsräte auf Seite 6 abgedruckt.

Nach den durchgeführten Wahlen übergab Dr. Hilg die Sitzungsleitung an den wiedergewählten 1. Vorsitzenden Peter Meyer.

Peter Meyer rief den Tagesordnungspunkt *Verschiedenes* auf. Auch hierzu gab es keine Wortmeldungen. In seinem Schlusswort dankte Peter Meyer den anwesenden Mitgliedern für ihr Vertrauen und beendete die Versammlung.

Roland Hoffmann
VHBB-Geschäftsstelle



Geschäftsbericht des 1. Vorsitzenden

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder im VHBB,*

bevor ich Ihnen meinen Geschäftsbericht vortragen werde, gestatten Sie mir bitte kurz, die nach dem Vereinsrecht notwendigen Formalien zur Feststellung der form- und fristgerechten Ladung festzuhalten:

Zunächst darf ich feststellen, dass die Beschlussfähigkeit der Mitgliederversammlung ausweislich der Unterschriftslisten, die am Eingang auslagen und von Ihnen unterzeichnet wurden, gegeben ist (siehe § 16 Abs. 1, Satz 1 in Verbindung mit § 15 Abs. 3, Satz 1 unserer Satzung).

Ferner darf ich feststellen, dass die Mitgliederversammlung satzungsgemäß einberufen wurde (siehe §§ 10 Abs. 1, Satz 1 und 15 Abs. 1, Satz 3 unserer Satzung). Die Ankündigung der Mitgliederversammlung erfolgte unter dem Datum 19. Juli 2019, also mehr als drei Monate vor der Mitgliederversammlung. Die Einberufung der Mitgliederversammlung trägt das Datum 2. Oktober 2019 und erfolgte somit mehr als zwei Wochen vor der Versammlung. Die Tagesordnung, die Ihnen heute vorliegt, war dabei beigelegt.

Die letzte Mitgliederversammlung mit Neuwahlen war am 7. Oktober 2015. Damals wurde Mathias Pfeil zum 1. Vorsitzenden wiedergewählt. Durch den Rückzug von Mathias Pfeil wurde bei der letzten Delegiertenversammlung eine Nachwahl des 1. Vorsitzenden notwendig. Diese fand am 20. Oktober 2017 statt. Dort wurde ich in Nachfolge von Herrn Pfeil gewählt. Erlauben Sie mir an dieser Stelle, dass ich Mathias Pfeil sehr herzlich für sein großartiges Engagement danke.

Mein Bericht schließt an diese Delegiertenversammlung an, nachdem Mathias Pfeil ja einen umfangreichen Geschäftsbericht schon damals abgegeben hatte.

Am Anfang möchte ich einen großen Dank an die vielen ehrenamtlichen Mitstreiter stellen. Ohne diese Mithilfe wäre die Arbeit als Vorsitzender schlicht nicht möglich. Für den Bezirksverband Oberbayern möchte ich Herrn Abteilungsdirektor Dr. Wolfgang Bruckmann nennen. Die Neuwahlen in diesem Bezirksverband finden im Anschluss an diese Mitgliederversammlung statt.



Der Bezirksverband Niederbayern ist ohne Regierungsdirektorin *Elisabeth Freitag* und ihre Mitstreiter kaum vorstellbar. Am 9. Juli wurde sie einstimmig wiedergewählt.

Für das Engagement im Bezirksverband Oberpfalz möchte ich stellvertretend Ltd. Regierungsdirektor *Dr. Manfred Bauer* danken.

Der Bezirksverband Oberfranken wird von Ltd. Regierungsdirektor *Thomas Kerner* angeführt. Auch hier danke ich herzlich seinen Mitstreitern und ihm.

In Mittelfranken war bisher Hans-Peter Smolka, Richter am VG, als Bezirksvorsitzender gewählt. Bei den Neuwahlen am 2. April 2019 stellte sich Herr Smolka leider nicht mehr zur Verfügung. Da kein anderer Kandidat zur Verfügung stand, wurde zwar kein Vorsitzender gewählt, aber Herr Smolka erklärte sich bereit, bis zur Wahl eines neuen Bezirksvorsitzenden kommissarisch tätig zu sein.

Im Bezirksverband Unterfranken gilt mein Dank Oberregierungsrat *Michael Pahlke* und seinen Mitstreitern. Auch Herr Pahlke wurde am 7. März diesen Jahres wiedergewählt.



Im Bezirksverband Schwaben ist seit langer Zeit Oberregierungsrätin *Petra Wengert* die Vorsitzende und auch sie wurde in diesem Jahr am 6. September wiedergewählt.

Ein ebenso großer Dank gilt allen Mitgliedern in den Fachbereichsräten. Stellvertretend möchte ich für den Fachbereich Recht den Richter am VG Hans-Peter Smolka, für den Fachbereich Technik Ltd. Baudirektor *Frieder Vogelsgesang*, für den Fachbereich Forst, Forstdirektor *Dr. Peter Pröbstle* für den Fachbereich Lebensmittelchemie Chemiedirektor a. D. Dr. Knut Werkmeister und Ltd. Chemiedirektor a. D. Dr. Norbert Christoph sowie für den Fachbereich Kunst und Kultur Archivoberrätin Dr. Monika von Walter danken.



v.l.n.r.: Hans-Peter Smolka, Dr. Norbert Christoph, Thomas Hölzl und Dr. Monika von Walter.

Ebenso gilt mein herzlicher Dank unserem treuen Angestellten in der Geschäftsstelle, Rosalia Winklhofer und Roland Hoffmann. Diese außerordentlich gut funktionierende



Geschäftsstelle hat wieder einmal die Mitgliederversammlung perfekt organisiert und ermöglicht mir im Übrigen erst die Arbeit als nicht in München ansässigen Vorsitzenden.

Nun ein kurzer Blick auf unsere Mitgliederzahlen:

Mitgliederstand im Jahr	2015	2019
Gesamt	1.999	1.829
FB Recht	970	910
FB Technik	701	615
FB Forst	219	184
FB Lebensmittelchemie	86	87
FB Kunst und Kultur	23	33

Seit fast genau auf den Tag bin ich nun zwei Jahre im Amt. Da war ich noch Abgeordneter – und ich stelle fest: Diese persönliche Freiheit fehlt mir als Laufbahnbeamter dann doch gelegentlich.

Bayern ist ein Flächenstaat und das bedeutet zunächst einmal Reiseaufwand. Und egal, welches Verkehrsmittel man wählt – ich will hier keine Klimadiskussion eröffnen und kein Lob einsammeln, aber ich bevorzuge aus ganz persönlichen Gründen die Bahn – so heißt das grundsätzlich Aufwand eines ganzen Arbeitstags für die jeweiligen Termine, die man wahrnimmt. Natürlich werden solche Verbandsdienstreisen nach München stets zusammengelegt mit notwendigen Aufenthalten auch in der Geschäftsstelle. Umgekehrt fahre ich nicht extra in die Geschäftsstelle von Bayreuth nach München – hier wird sehr vieles auf dem Postwege und mit Telefon und E-Mail erledigt.

Und wenn man weder unabhängiger Landtagsabgeordneter noch freigestellter Personalrat oder Hauptpersonalrat ist, dann muss man gelegentlich auch bei dem einen oder anderen Termin kürzertreten.

Ich habe unter diesen Voraussetzungen zwei Schwerpunkte verfolgt: Zum einen war mir das Kennenlernen der Bezirksverbände wichtig, zum anderen wollte ich durch meine Mitarbeit im BBB-Hauptvorstand den VHBB sinnvoll vertreten.

Das waren in den vergangenen zwei Jahren ein bis zwei Sitzungen des (Landes-) Vorstands pro Jahr und eine Vielzahl an Besuchen und Teilnahmen von Bezirksversammlungen in Unterfranken, Niederbayern, Mittelfranken und Oberbayern. In Schwaben blieb es leider beim Versuch, da mich die Bahn durch eine Zugverspätung etwas hängen gelassen hatte.

Darüber hinaus nahm ich am Gewerkschaftstag der bfg in Augsburg teil. eine zahlenmäßig wirklich große Veranstaltung der gesamten Finanz- und Steuerverwaltung in Bayern. Außerdem nahm ich an den Sitzungen des BBB-Hauptvorstandes, zu dem ich ja im April 2018 als Nachfolger von Mathias Pfeil nachgewählt wurde, teil und auch an zwei Sitzungen als Vertreter des VHBB im bvhd.

Das waren für den VHBB nicht unbedingt öffentlichkeitswirksame Termine, aber es diente mir wirklich dem Kennenlernen der Bezirksverbände und vieler ihrer Mitglieder auch persönlich.

Daneben lasse ich natürlich kaum eine Gelegenheit aus, wenn ich Behördenleiter, insbesondere die Riege unserer Regierungspräsidentinnen und Regierungspräsidenten sowie deren Vizepräsidenten, die ja zu einem sehr großen Teil auch Mitglieder bei uns im Verband sind, bei den verschiedensten dienstlichen oder außerdienstlichen Anlässen treffe, mich auch nach den dortigen Sorgen und Wünschen zu erkundigen.

Durch die Mitarbeit im Hauptvorstand des BBB war ich stets informiert über die aktuellen Themen. Nicht vergessen will ich genauso die Mitarbeit von Frau Ilse Schedl und Frau Dr. Monika von Walter, die ebenso im Hauptvorstand tätig sind. Herzlichen Dank auch dafür!

Der Verband war nicht alleine durch den 1. Vorsitzenden, sondern insbesondere auch auf Fachbereichsebene aktiv. Hier möchte ich beispielhaft nennen: Kollegin *Angela Roßmann* aus dem Fachbereich Technik, die uns – auch in der Mitgliederzeitschrift – stets auf dem Laufenden gehalten hat über die Entwicklung bei der Neuordnung des Bundesfernstraßenwesens. Hier ist in Bayern auch wieder einigermaßen Ruhe eingekkehrt und es steht nach meinem Kenntnisstand fest, dass kein bayerischer Beamter zwangsweise den Dienstherrn wechseln muss. Ebenso ist der von den Tarifparteien verfolgte Überleitungsvertrag mittlerweile auch vorgelegt.

Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Fachbereich Lebensmittelchemie, die sich regelmäßig und nachhaltig beim Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz für eine Verbesserung der Stellensituation im LGL einsetzen. Es gab eine Petition, die als Ergebnis eine Aussage des damaligen Staatsministers Huber erzielte, er werde sich mit aller Kraft für eine Verbesserung einsetzen. Das gleiche Versprechen wurde von seinem Amtsnachfolger Thorsten Glauber nochmals erneuert – die Entscheidung im Doppel-



v.l.n.r.: Dr. Alexander Voitl, Wolfgang Fackler, Tessa Ganserer, Sabine Lotz-Schimmelpfennig und Monika Deubzer.

Mitglieder des VHBB folgen den Ausführungen der Redner.



haushalt 2019/20 fiel an anderer Stelle dann leider doch anders aus. Derzeit bemüht sich der Fachbereich um ein persönliches Gespräch beim Staatsminister.

Es gab auch aus dem Mitgliederbereich Anfragen und Hinweise an die Geschäftsstelle und den Vorsitzenden, die im Hintergrund dann auch mit dem einen oder anderen klärenden Gespräch an entsprechender Stelle (Ministerium) gelöst oder vom Beamtenbund weiterverfolgt werden konnten (z. B. Zahnarztrechnungen).

Ebenso gab es einen Hinweis aus dem Mitgliederbereich, man möge doch den Grenzbetrag für Einkünfte von Ehegatten und Lebenspartnern anpassen, der vom Vorsitzenden in einer Petition von Anfang April 2019 an den Bayerischen Landtag umgesetzt wurde.

Die Petition ist noch nicht im Ausschuss behandelt worden, aber seit Anfang Oktober liegt ein Gesetzentwurf der Staatsregierung vor mit dem Titel *Gesetz zur besseren*

Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der quasi nebenbei den Grenzbetrag des Art. 96, Beamten-gesetz von 18.000 auf 20.000 Euro hoch setzt und somit einen gewissen Inflationsausgleich für die letzten 12 Jahre bietet. Ich gehe davon aus, dass gemeinsam mit der Behandlung dieses Gesetzentwurfs im Ausschuss die Petition aufgerufen und mit dem Ergebnis *positiv erledigt* vermerkt wird. Damit können wir zufrieden sein.

Die unermüdliche Arbeit der Geschäftsstelle, die ja bekanntlich auch kein sehr großer Mitarbeiterstab sein kann, aber umso schlagkräftiger und effizienter arbeitet und für mich eine wahnsinnig große Unterstützung darstellt. Liebe Rosalia Winklhofer und lieber Roland Hoffmann, ich habe ihnen vorhin ja schon gedankt, aber ich will es hier noch einmal ausführen.

Ich kenne keine Aufstellung, wie viele Telefongespräche, wie viele Buchungen durchzuführen sind, aber neben den intensiven Telefongesprächen, die regelmäßig wöchentlich und gelegentlich auch mehrfach an einem Tag stattfinden, wickelt die Geschäftsstelle mit einem großen Teil ihrer Kapazität die Versicherungsleistungen für unsere Mitglieder ab, was sicherlich keine einfache Nebentätigkeit ist. Darüber hinaus wird der gesamte Geschäftsverkehr wie Geburtstagschreiben, Neuaufnahmen, Kondolenzbriefe an Angehörige verstorbener Mitglieder usw. zuverlässig erledigt und mir auf dem Postwege zugesandt oder auf der Geschäftsstelle vorgehalten.

Lassen Sie mich neben der bloßen Aufzählung der Tätigkeiten auch etwas Politisches anmerken: Man darf wirklich feststellen, dass die bayerische Landespolitik seit der Föderalismusreform mit der originären Zuständigkeit der Länder für das Dienstrecht durchaus auch anzuerkennen ist. Das habe ich in meiner aktiven Zeit im Bayerischen Landtag auch als Mitglied der Opposition immer wieder feststellen müssen/dürfen. Aber insoweit gab es – abgesehen von ein paar



strategischen Ausrichtungen – durchaus auch immer wieder gute Zusammenarbeit um nicht zu sagen Einigkeit im Ausschuss öffentlicher Dienst.

Um es mit einem Zitat auf den Punkt zu bringen: „*Es gibt schlimmere Schicksale als in Bayern Beamter zu sein.*“ (Georg Barfuß, MdL in der 16. Wahlperiode 2008 bis 2013 anlässlich der Irritationen der Absenkung der Eingangsbeholdung 2008/2010)

Belege hierfür sind die Verbesserung der Beihilfe, die Übernahme des jeweiligen Tarifergebnisses und das Niveau der Besoldung im bundesweiten Vergleich. Hierüber muss derzeit jedenfalls nicht gestritten werden

Ein wichtiges Thema ist für mich die Abschaffung des Art. 6b im Haushaltsgesetz. Ich habe in 10 Jahren Landtagszugehörigkeit in jedem Jahr bei jedem Doppelhaushalt und bei jedem Nachtragshaushalt gemeinsam mit den anderen Fraktionen die Abschaffung des Artikel 6b verfolgt. Beim diesjährigen Doppelhaushalt kam überraschend dann die Abschaffung. Wobei ich, liebe Landtagsabgeordnete, vielleicht doch lieber von der quasi-Abschaffung sprechen sollte. Die von den 6b betroffenen und vor deren Einziehung zunächst verschonten Stellen stehen ja dann doch nicht so ganz in dem Umfang zur Verfügung, wie sich das die Mitarbeiter der verschiedenen Ressorts vielleicht zuvor vorgestellt haben. Ich habe das im Vollzug aber bisher nicht weiter verfolgen können und bitte daher einfach mal die Abgeordneten darum, dass mit besonderem Augenmerk zu verfolgen.

Ein weiteres Thema ist der Stellenzuwachs in der bayerischen Verwaltung. In den vergangenen drei bis vier Jahren gab es einen ganz erheblichen Stellenzuwachs, der nicht wegdiskutiert werden kann. Hier ist viel geschehen und das darf auch positiv vermerkt werden.

Die allgemeine innere Verwaltung hat – den Herausforderungen der Bewältigung des Flüchtlingsaufkommens seit 2015 geschuldet – auch von den Stellenmehrungen profitiert.

Mittlerweile bekomme ich aus den Regierungen wieder etwas kritischere Signale. Auch hier meine Bitte an die Politiker, sich da einmal ein Bild zu machen.

Es ist verstärkt ein Trend festzustellen, dass für die verschiedensten Programme, die aus den unterschiedlichsten politischen Absichten heraus aufgestellt werden, über die Fachressorts auch Personal – gelegentlich befristet – zur Verfügung zu stellen, welches im Vollzug dieser Fachpro-



gramme auch durchaus hilfreich ist (weil echter Mehraufwand) aber die innere Verwaltung mit den allgemeinen Verwaltungskräften nicht mehr die notwendigen Kapazitäten aufweist, um die notwendigen Hintergrund oder Basisaufwendungen die auch durch diese Sonderprogramme kommen zu erledigen. Meine dringende Bitte an die Politik: *vergessen Sie die innere Verwaltung mit ihren Querschnittsaufgaben nicht!*

Auf die notwendigen Stellenmehrungen im Verbraucherschutzbereich bin ich ja schon eingegangen

Ich denke, sie können sehen, dass sich die Tätigkeit des VHBB als kollegiales Gremium sehen lassen kann und auch die unterschiedlichsten Aktivitäten entwickelt wurden. Hierfür darf ich mich bei allen Beteiligten nochmals herzlich bedanken. Das Ganze funktioniert – wenn ich einen Begriff aus der Landesplanung verwenden darf – hervorragend nach dem *Gegenstromprinzip*, die Fachbereiche und die Einzelmitglieder geben Anhaltspunkte oder haben Eigeninitiativen und der Vorstand versucht das umzusetzen oder gibt Impulse entsprechend weiter.

Vor diesem Hintergrund ist es mir um die Zukunft des VHBB nicht bange. Wir haben Herausforderungen in Sachen Mitgliederstand zu beachten aber wir sind ein lebendiger Verband. Wir sind kein elitärer Haufen, aber wir sehen als Angehörige des höheren Dienstes, neudeutsch QE4, unsere Aufgaben und wollen diese auch wahrnehmen.

Deshalb mein herzlicher Dank an Sie alle und ein herzliches Glückauf!

Peter Meyer
1. Vorsitzender ■

Kassenbericht 2017-2018

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie in den vergangenen Jahren ist im Berichtszeitraum die Zahl unserer Mitglieder weiter von 1.853 auf 1.829 gesunken. Die Einnahmen aus Mitglieds- und Versicherungsbeiträgen verringerten sich dadurch von 212.181,42 Euro im Jahr 2016 auf 204.534,11 Euro im Jahr 2018.

Für das laufende Jahr wird die Mitgliederzahl halbwegs konstant bleiben, weil erfreulicherweise neue Mitglieder gewonnen werden konnten. Während die Ausgaben für die Jahre 2017 mit 200.880,16 Euro gegenüber dem Vorjahr konstant blieben, sanken sie in 2018 sogar geringfügig auf 197.637 Euro.



Rudolf Rast, seit 26 Jahren verlässlicher Kassenleiter unseres Verbandes

Wesentliche Ausgabenpositionen waren hier die Beiträge an den Bayerischen Beamtenbund (BBB) mit ca. 39.000 Euro, die Beiträge an den Bundesverband bvhd mit 15.500 Euro, die obligatorische Haftpflichtversicherung mit ca. 61.000 Euro und die Personalkosten für die Geschäftsstelle mit ca. 53.000 Euro im Jahr 2017 sowie 54.100 Euro für das Jahr 2018.

Die Kosten für die Büroräume blieben mit insgesamt ca. 11.000 Euro für den Berichtszeitraum konstant. Die Kosten für die Delegiertenversammlung 2017 blieben mit ca. 4.000 Euro im Rahmen, im Jahr 2018 fand keine diesbezügliche Veranstaltung statt.

Die Druck- und Versandkosten für die BBB-Nachrichten betragen für 2017 ca. 13.500 Euro, für 2018 13.300 Euro und waren nahezu unverändert.

Nachdem unsere für Eventualverbindlichkeiten beschlossene Rücklage von 40.000 Euro deutlich unter dem derzeitigen Verbandsvermögen von 100.942,12 Euro liegt, ist für die nähere Zukunft mit keiner Beitragserhöhung zu rechnen.

Für das Jahr 2018 konnte wiederum aufgrund reduzierter Ausgaben und sparsamer Haushaltsführung ein deutlicher Überschuss von nicht weniger als 8.664,11 Euro erzielt werden.

Die am 15. Mai 2018 und am 8. August 2019 erfolgten Kassenprüfungen haben ergeben, dass die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit eingehalten wurden. Der Versammlung kann daher die Entlastung des Vorstands empfohlen werden.

Bedanken möchte ich mich wiederum und nach 26 Jahren zum letzten Mal bei unseren Mitarbeitern der Geschäftsstelle, Herrn Hoffmann und Frau Winklhofer, durch deren Wirken auch im zurückliegenden Berichtszeitraum ein achtbarer Überschuss erwirtschaftet werden konnte.

Rudolf Rast
Kassenleiter ■



Oberbayern

Besichtigung des Flughafens München

Am Donnerstag, den 25. Juli 2019 wurden den Mitgliedern des VHBB-Bezirksverbands Oberbayern beeindruckende Einblicke hinter die Kulissen des Flughafens München ermöglicht. Die Besuchergruppe durfte Orte erkunden, die einem Fluggast in der Regel verwehrt bleiben.

Die erste Station der Flughafenführung ließ zumindest äußerlich nichts Spektakuläres vermuten: Frachtterminal, Modul E, 1. Obergeschoss. Dort wurden die VHBB-Mitglieder von Herrn Thomas Meister in Empfang genommen. Er ist Pressesprecher des Hauptzollamtes München-Flughafen und führte uns in einen auch von außen unscheinbar anmutenden Raum, sein Innenleben offenbarte jedoch Höchstbrisantes! Die Besuchergruppe befand sich in der Asservatenkammer des Zollamtes München-Flughafen. Hier befinden sich Gegenstände, die bei der Zollkontrolle im Frachtgepäck oder bei den Passagieren vom Zoll aufgespürt und beschlagnahmt wurden.

Der Anblick von vielen ausgestellten Asservaten verursachte kein gutes Gefühl: Wut, Ekel, Unverständnis, aber auch Trauer und Mitleid angesichts der Tiere, die für geschmacklosen Unsinn ihr Leben lassen mussten. Ausgestopfte Wildkatzen, Schmuck aus Elfenbein und Elefantenhaar, Pulver aus den Hörnern von Nashörnern, ein Elefantenfuß, der als Hocker dienen sollte, Häute von Reptilien, Schlangen eingelegt in Schnapsflaschen und viele weitere bizarre Objekte.

Anhand von weiteren ausgestellten Asservaten erklärte Herr Meister, dass viele Flugreisende ahnungslos am



Blick vom Tower auf das Munich Airport Center



Volle Regale beim Zoll. All diese Dinge wurden beschlagnahmt.

Urlaubsort erworbene und von Pflanzen oder Tieren stammende Mitbringsel in ihrem Gepäck haben, die nicht nach Deutschland eingeführt werden dürfen. Denn oftmals handelt es sich um Materialien von gefährdeten und geschützten Tieren oder Pflanzen und damit liegt ein Verstoß gegen das Washingtoner Artenschutzabkommen vor.

Unbedarft erworbene Kultur- und Kunstgüter, wie Ikonen aus Russland oder Steine von der Akropolis unterliegen ebenfalls sehr strengen Ausfuhrbeschränkungen oder -verboten.

In den Regalen der Asservatenkammer befanden sich auch Nachahmungen von namhaften Markenherstellern, z.B. Bekleidung, Kosmetika, Taschen, Uhren. Abgesehen von

der Verletzung wettbewerbsrechtlicher Vorschriften handelt es sich oft um minderwertige Produkte, von denen eine Gefährdung der Gesundheit ausgehen kann. Herr Meister, der geduldig auf alle Fragen der Besucher einging, betonte am Ende der Führung eindringlich, dass die Volksweisheit *Unwissenheit schützt vor Strafe nicht* bei Verstößen gegen die Zollbestimmungen ihre Bedeutung offenbart, denn hohe Geldbußen oder in schlimmen Fällen Freiheitsstrafen können bei Verstößen gegen die Einfuhrbestimmungen des Zolls die Folge sein.

Noch voll unter den Eindrücken des Besuchs der Asservatenkammer stehend, machten sich die VHBB-Mitglieder mit der S-Bahn eine Station weiter auf den Weg zum nächsten Besichtigungspunkt: *Herr Ulrich Ehinger, Herr Rolf Oberndörfer* und *Herr Timo Elas vom Luftamt Südbayern*, Luftsicherheitsstelle am Flughafen München, erwarteten die Besuchergruppe an der S-Bahn-Endhaltestelle *Flughafen Terminal*. Der Weg führte uns zu einem attraktiven Gebäude am Münchener Flughafen. Dieses verdient die Bezeichnung *Highlight*, denn für die VHBB-Kolleg/inn/en ging es *hoch* hinauf, nämlich auf den Flughafen-Tower. Die Besuchergruppe empfand es als große Ehre, dass ihnen Zutritt zu einem Bereich gewährt wurde, der normalerweise versperrt bleibt.

Obwohl kein strahlender Sonnenschein herrschte, bot sich ein phänomenaler Ausblick weit über das Flughafengelände hinaus. Ausführlich berichteten Herr Ehinger, Herr Oberndörfer und Herr Elas über die Arbeiten im und um den Tower.

Im Tower selbst befinden sich die Flugsicherung, die Wetterbeobachtung und die Vorfeldkontrolle. Für die Spezialisten in diesen Bereichen ist Sicherheit das oberste Gebot und sie sorgen mit höchster Konzentration und ausgeprägtem Fachwissen dafür, dass der Flugbetrieb, einschließlich Start- und Landevorgängen, reibungslos abläuft.

Die Besucher befanden sich etwa 70m über dem Boden, weshalb die vielen einsehbaren Bauaktivitäten nicht verborgen blieben. Gestiegene Passagierzahlen und die Erhöhung von Starts und Landungen erfordern sowohl eine Kapazitätserhöhung der eigentlichen Flughafeneinrichtungen,



Ein A380 der Emirates wird von der Parkposition auf das Vorfeld geschoben

Die Mitglieder auf dem Tower

als auch den Ausbau von Verkehrsverbindungen (z. B. die Verlängerung des S-Bahntunnels) und die Errichtung weiterer Parkmöglichkeiten.

Vorrangig aus vielen Bauaktivitäten zu nennen wären hier Bauarbeiten von der Flughafengesellschaft (MFG) selbst, z.B. einen neuen Flugsteig senkrecht zum Terminal 1. Neben den eingeplanten Andockstellen für weitere Flugzeuge, soll die Innenfläche des Gebäudes für Geschäfte zur Verfügung gestellt werden. Die Flughafengesellschaft hat sich ein weiteres großes Bauprojekt auf die Fahnen geschrieben, den sogenannten *Lab Campus*, mit Schulungs- und Forschungseinrichtungen sowie weiteren Lager- und Bürogebäuden. Auch die Errichtung eines Handwerkerhofes an der Immobilienzentrale zählt zu den Bauaktivitäten der MFG.

Dazu fungieren bayerische Autohersteller als Bauherren auf dem Flughafengelände. Als Resultat werden ein Testcenter mit öffentlicher Stromtank-



stelle eines Autobauers zu sehen sein und ein Servicezentrum einer anderen Herstellerfirma wird in Betrieb genommen.

Da die Zeit der Flughafentour begrenzt war, kehrte die Besuchergruppe auf den *Ground-Level* des Flughafens zurück und unter der fachkundigen Führung von Herrn Ehinger, Herrn Oberndörfer und Herrn Elas wurde der nächste spannende Flughafenbereich angesteuert.

Im Terminal 2 wird seit einiger Zeit eine neuartige Kontrollstelle im Pilotbetrieb getestet. Es handelt sich um eine Doppelkontrollspur, bei der das Handgepäck von vier Passagieren in größeren Wannen gleichzeitig überprüft werden kann. Aufgrund der hochleistungsfähigen Prüfgeräte mit Computertomografie-Technik können Laptops, Smartphones und erlaubte



Gepäckstücke vor der automatisierten Röntgenanlage

Flüssigkeiten im Handgepäck verbleiben. Die Fluggäste passieren Körperscanner der neuesten Generation. Herr Oberndörfer bot auch in diesem Bereich noch viele zusätzliche Informationen und stellte die Vorteile dieser neuen Kontrollstelle in den Vordergrund: Höherer Passagierkomfort durch die Verringerung der Wartezeiten an der Sicherheitskontrolle bei noch höherem Sicherheitsstandard, insbesondere durch die automatische Sprengstoffdetektion.

Die VHBB-Kolleg/inn/en waren gerade dabei, die Anlage genauer unter die Lupe zu nehmen, als uns die (Kontroll-)Realität einholte: Aufgrund des hohen Fluggastaufkommens wurde die Inbetriebnahme der Kontrollstelle erforderlich und wir wurden gebeten, den Kontrollbereich freizumachen, ein Wunsch, dem wir natürlich gerne nachgekommen sind.

Beim Check-in am Flughafen hat sich sicher der ein oder andere gefragt, welchen Weg der Koffer zum Flugzeug nimmt, den er gerade am Schalter abgegeben hat. Mit Hilfe der fachkundigen Experten der Luftsicherheitsstelle durfte die Besuchergruppe dieser Frage im wahrsten Sinne des Wortes auf den Grund gehen. Es ging hinab in die sogenannten *Katakomben*. Dort trans-

portieren Förderbänder mit einer Geschwindigkeit von ca. 25 km/h auf einer Strecke von über 40 km stündlich ca. 12.000 Gepäckstücke. Lichtschrankengesteuert gelangen die Koffer vom Check-in-Schalter bis zu den jeweiligen Endstellen, an denen sie von Menschenhand auf Gepäckwagen geladen und zum bestimmungsgemäßen Flugzeug gebracht werden. Die Gepäckstücke, die über die Förderanlage in Kunststoffwannen transportiert werden, sind mit einem Barcode (TAG) ausgestattet, auf dem relevante Daten, z. B. der Name der Fluggesellschaft, die Flugnummer, der Name des Reisenden u. a. gespeichert sind. Die Transportwanne selbst ist auch mit einem eigenen Identifikationscode ausgestattet, um z. B. ein Aufspüren während des Transportvorganges zu ermöglichen. Während des Fördervorganges werden die Gepäckstücke durchleuchtet und sortiert.

Beim Verlassen der Förderanlage beobachteten die Besucher aus einiger Entfernung, dass ein Koffer in der automatisierten Kontrolle einen nicht eindeutig identifizierbaren Inhalt aufwies und deshalb von der Förderanlage entnommen und an einen Arbeitsplatz transportiert wurde, an dem der Koffer von Flughafenmitarbeitern geöffnet und in Augenschein genommen

wurde. Hierbei müssen immer zwei Mitarbeiter gleichzeitig diese Kontrolle durchführen.

Wie sollte es auch anders sein in einem Flughafen, die Zeit verging wie im Flug! Beindruckt von den Schauplätzen und Vorgängen am Flughafen vor und hinter den Kulissen machten sich die VHBB-Mitglieder auf den Heimweg. Im *Airbräu* ließ der ein oder andere Besucher aus der Gruppe bei einem naturtrüben Hellen die Erlebnisse vom Nachmittag noch einmal Revue passieren.

Die VHBB-Mitglieder des Bezirksverbandes Oberbayern bedanken sich an dieser Stelle nochmals bei Herrn Meister, Herrn Oberndörfer, Herr Ehinger und Herrn Elsas, die die Besichtigungen im Bereich des Flughafens München ermöglichten und den Besuchern an diesem Nachmittag großzügig Informationen geboten und Zeit gewidmet haben.

Dr. Elisabeth Bumberger
Bezirksvorstand Oberbayern ■

Quellen:
Eigene Mitschriften, weiterhin:
<https://www.donaukurier.de/nachrichten/bayern/Die-Kammer-des-Schreckens;art155371,4305127>
https://www.zoll.de/SharedDocs/Pressemittelungen/DE/Sonstiges/2018/y25_urlaubszeit_ist_reisezeit.html
<https://www.munich-airport.de/arbeiten-im-tower-408880>
<https://www.merkur.de/lokales/erding/flughafen-muenchen-ort60188/flughafen-muenchen-ist-grossbaustelle-ist-2019-alles-geplant-11839763.html>
<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/erding/flughafen-muenchen-ausbau-umbau-1.4426943>
<https://www.regierung.oberbayern.bayern.de/medien/archiv/2019/13820/index.php>
<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/flughafen-muenchen-sicherheitskontrolle-1.4351868>
<https://www.br.de/br-fernsehen/sendungen/lavita/lavita-flughafen-muenchen-gepaeksystem100.html>
https://www.gut fuer bayern.de/de/wissenswertes/themen/t_gepaekfoerderanlage_18112015/index.jsp

Oberbayern**Neuwahlen im Bezirksverband**

Alle vier Jahre steht sie an, die Neuwahl im Bezirksverband Oberbayern und so war es in diesem Jahr wieder so weit. Im Anschluss an die Mitgliederversammlung des VHBB am 24. Oktober 2019 wählte die Versammlung der Mitglieder des Bezirksverbands Oberbayern den Bezirksvorstand. Er besteht nach unserer Satzung aus dem oder der Vorsitzenden sowie bis zu fünf weiteren Vorstandsmitgliedern. Nach Möglichkeit soll im Vorstand jeder Fachbereich vertreten sein. Zudem wurden in der Mitgliederversammlung die Delegierten des Bezirksverbands für die Delegiertenversammlung gewählt. Die Ergebnisse der einzelnen Wahlen haben wir in der anschließenden Grafik zusammengestellt. Als Vorsitzender wurde *Dr. Wolfgang Bruckmann* bestätigt, als seine Vertretungen und weiteren Mitglieder im Vorstand *Frau Dr. Elisabeth Bumberger* für den Fachbereich Lebensmittelchemie, *Frau Dr. Monika von Walter* für den Fachbereich Kunst und Kultur sowie *Herr Dr. Franz Binder* für den Fachbereich Forst. Neu in den Vorstand gewählt wurde *Herr Benedikt Gasteiger*, der künftig den Fachbereich Technik im Vorstand vertreten wird.



Dr. Wolfgang Bruckmann
bei seinen Rechenschaftsbericht

Den Fachbereich Recht vertritt der Vorsitzende selbst.

In seinem Rechenschaftsbericht stellte Dr. Bruckmann die Arbeit der letzten vier Jahre und die vielfältigen Aktivitäten des Bezirksverbands dar und dankte den Vorstandsmitgliedern

für die angenehme, kollegiale und ideenreiche Zusammenarbeit in den vergangenen vier Jahren. Dem neuen Vorstand wünschte er eine erfolgreiche Amtsperiode.

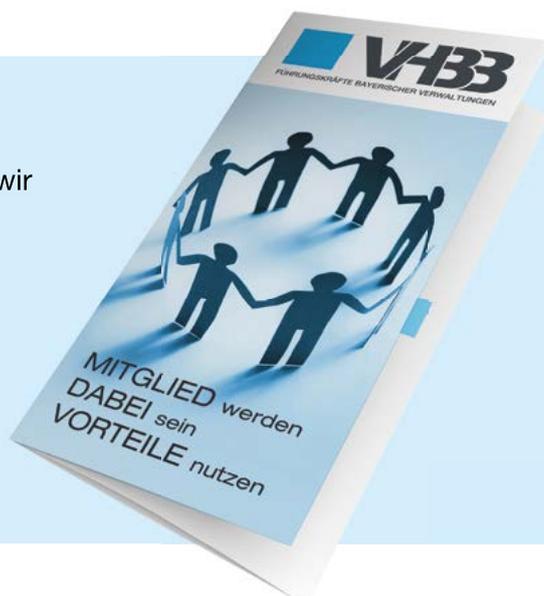
Dr. Wolfgang Bruckmann
Bezirksvorsitzender ■

WERBEPROSPEKT ANFORDERN

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

um neue Mitglieder besser gewinnen zu können, haben wir einen neuen Werbeprospekt erstellt. Wenn Sie in Ihrem Kollegen- und Bekanntenkreis für den VHBB Werbung machen und diesen Prospekt verwenden möchten, wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle. Wir senden Ihnen gerne Werbematerial zu.

Vielen Dank!
Ihre Geschäftsstelle





ERGEBNISSE DER WAHLEN IM BEZIRKVERBAND OBERBAYERN VOM 24. OKTOBER 2019

BEZIRKSVORSITZENDER

Dr. Wolfgang Bruckmann Abteilungsdirektor Bezirk Oberbayern

VORSTANDSMITGLIEDER

Fachbereich TECHNIK

Benedikt Gasteiger Baurat Staatliches Bauamt Traunstein

Fachbereich FORST

Dr. Franz Binder Forstoberrat Bayerische Landesanstalt für Wald- und Forstwirtschaft

Fachbereich LEBENSMITTEL-CHEMIE

Dr. Elisabeth Bumberger Chemieoberrätin Bayer. Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Fachbereich KUNST und KULTUR

Dr. Monika von Walter Archivoberrätin Bayerisches Hauptstaatsarchiv

DELEGIERTE

Fachbereich RECHT

Lorenz Angermann	Rechtsamtsleiter	Stadt Mühldorf
Paul Auer	Ltd. Regierungsdirektor	Regierung von Oberbayern
Dr. Wolfgang Bruckmann	Abteilungsdirektor	Bezirk Oberbayern
Wolf Christof Deckart	Ministerialdirigent a. D.	München
Wolfgang Karl Göhner	Regierungsdirektor	Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
Hedwig Göhner-Pentenrieder	Ltd. Regierungsdirektorin	Regierung von Oberbayern
Dr. Günter Hilg	Abteilungsdirektor a. D.	Wolfratshausen
Gert Iffert	Ministerialdirigent a. D.	München
Dr. Wolfgang Kunert	Regierungspräsident a. D.	München
Leo Mittermüller	Regierungsdirektor a. D.	Lenting
Yvonne Pschorr	Ltd. Regierungsdirektorin	Regierung von Oberbayern
Ilse Schedl	Präsidentin a. D.	München

Fachbereich TECHNIK

Johannes Eisentraut	Vermessungsdirektor	Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
Dipl.-Ing. Arnold Frintz	Baudirektor	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
Benedikt Gasteiger	Baurat	Staatliches Bauamt Traunstein
Claudia Halser	Ministerialrätin	Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
Thomas Hölzl	Ministerialrat	Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
Ursula Lehner	Baudirektorin	Regierung von Oberbayern
René Pinnel	Baudirektor	Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
Rudolf Rast	Ltd. Baudirektor a. D.	Neubiberg
Tilman Ritter	Ministerialrat	Kempten
Axel Wirner	Baudirektor	Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Fachbereich FORST

Dr. Franz Binder Forstoberrat Bayerische Landesanstalt für Wald- und Forstwirtschaft

Fachbereich LEBENSMITTEL-CHEMIE

Dr. Elisabeth Bumberger	Chemieoberrätin	Bayer. Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
Dr. Birgit Zimmermann	Chemiedirektorin	Bayer. Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Fachbereich KUNST und KULTUR

Dr. Susanne Millet	Archivoberrätin	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
Dr. Monika von Walter	Archivoberrätin	Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Niederbayern

Fortbildungsveranstaltung

Führungshandeln in der Verwaltung – eine besondere Herausforderung

Leadership muss gelernt sein so der Tenor des Vortrags von Forstdirektor Ulrich Lieberth, stellv. Amtsleiter und Bereichsleiter Forsten am Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Landshut. Ausgehend von der These *Führung – eine Funktion ohne Ausbildung!* erläuterte Lieberth die vielfältigen Facetten von Führungsarbeit. Neben den grundlegenden Fähigkeiten wie dem gezielten Einsatz von Kommunikationstechniken und Gesprächsformen – etwa dem Kritikgespräch oder dem Zielvereinbarungsgespräch – zeichnet sich eine gute Führungskraft auch durch die Fähigkeit zur Selbstreflexion aus. Gerade diese sei ein wichtiger Aspekt hinsichtlich Burnout-Prophylaxe und Gesundheitsmanagement. Auch das Führen nach oben, heißt Feedback durch die eigenen Mitarbeiter, bzw. die Reflexion durch Kollegen – also horizontale Führung – muss gewollt sein.

Herr Lieberth erläuterte die verschiedenen Führungsstile und deren Auswirkungen. Neben dem autoritären Führungsstil, der eher früher üblich war, gäbe es den Laissez-faire, den *nicht lesbaren* und den kooperativen Führungsstil. Erstere werden in der Regel negativ gesehen, der kooperative Führungsstil hingegen zeigt in unserer Gesellschaft die positivsten Rückmeldungen.

Ein weiterer Aspekt des Vortrags war das Thema Delegation. Der konsequente Einsatz von umfassender Delegation gehört unbedingt zu den grund-

legenden Fähigkeiten einer guten Führungskraft. Quasi als Faustregel kann man behaupten: je höher die Position, umso weniger fachliche Aufgaben sollten selbst erledigt werden.

Ein oft leidiges und dann weggeschobenes Thema sind Konflikte. Konfliktklärung ist eine nicht delegierbare



Forstdirektor Ulrich Lieberth

Regierungsvizepräsident
Dr. Helmut Graf

Tätigkeit. Konflikte dulden keinen Aufschub und sollten daher höchste Priorität haben. Insbesondere ging er noch auf das *Führungshandeln in der Verwaltung* ein. Per se sei die Verwaltung eher auf Bestand und Dauer ausgelegt. Die politische Führung hingegen brauche eher den Wechsel. Hier prallen zwei Welten aufeinander: Veränderungen werden in der Verwaltung oft als Revolution gesehen und bedürfen einer konsequenten Führung durch

Kommunikation, denn Betroffene müssen mit ins Boot geholt werden.

Abschließend zeigte Lieberth noch weitere Aspekte guter Führung auf: neben der Führung mit Vertrauensvorschuss seien dies vor allem Mut zu Entscheidungen und nicht zuletzt Humor: *Lächeln ist die kürzeste Verbindung zwischen zwei Menschen.*

Sabine Schmalhofer
Bezirksvorstand Niederbayern



Niederbayern

Mitgliederversammlung mit Neuwahlen

Mitglieder von allen in Niederbayern vertretenen Fachbereiche nahmen an der anschließenden Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes Niederbayern im Ämterge-

dankenswerter Weise auch die Wahlleitung übernahm.

Dem neuen Vorstand gehören zwei langjährige Mitglieder nicht mehr an: Am 17. Januar 2019 verstarb nach langer Krankheit Herr Regierungsdirektor *Herbert Horak*. Herr Horak hat sich vielfältig für den VHBB (und nicht nur für uns) engagiert – er war ein Ehrenamtler mit Leib und Seele. Bei der letzten Mitgliederversammlung 2014 hatte er sich noch als Wahlleiter zur Verfügung gestellt. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

stand zur Verfügung gestellt hatte. Bezirksvorsitzende Elisabeth Freitag dankte Herrn Hosp mit einem Weinpräsent und wünschte ihm im Namen des gesamten Bezirksverbandes alles Gute und persönliches Wohlergehen für die Zukunft.

Besonders freuen wir uns, dass sich doch immer wieder junge Kollegen für eine Mitgliedschaft im VHBB entscheiden und sich auch für die Mitarbeit im Bezirksvorstand zur Verfügung stellen: Herzlichen Dank dafür an Frau Regierungsrätin *Fiona Wagner-Woodier* und Herrn Baurat *Peter Hellauer*! Beide wurden einstimmig neu in den Bezirksvorstand gewählt.

In ihren Ämtern bestätigt wurden die Bezirksvorsitzende *Elisabeth Freitag* sowie Frau Baudirektorin *Sabine Schmalhofer* und Herr Forstdirektor *Walter Schubach*.

Elisabeth Freitag
Bezirksvorsitzende ■



Elisabeth Freitag dankt Herrn Hans Hosp für seine jahrzehntelange Arbeit

bäude der Regierung von Niederbayern teil. Besonders freuten wir uns über die Teilnahme des *Regierungsvizepräsidenten Dr. Helmut Graf* und unseres Landesvorsitzenden *Peter Meyer*, der

In den wohlverdienten *Verbandsruhestand* verabschiedeten wir unseren langjährigen *Reisemarschall* Abteilungsdirektor a. D. *Hans Hosp*, der sich nach seinem Rückzug vom Amt des Bezirksvorsitzenden im Jahr 2005 noch viele Jahre für den Bezirksvor-

ERGEBNISSE DER WAHLEN IM BEZIRKVERBAND NIEDERBAYERN VOM 9. JULI 2019

BEZIRKSVORSITZENDE

Elisabeth Freitag	Regierungsdirektorin	Regierung von Niederbayern
-------------------	----------------------	----------------------------

VORSTANDSMITGLIEDER

Fachbereich RECHT

Fiona Wagner-Woodier	Regierungsrätin	Landratsamt Landshut
----------------------	-----------------	----------------------

Fachbereich TECHNIK

Sabine Schmalhofer	Baudirektorin	Verband für Ländliche Entwicklung Niederbayern
Peter Hellauer	Baurat	Staatliches Bauamt Passau

Fachbereich FORST

Walter Schubach	Forstdirektor	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Deggendorf
-----------------	---------------	--

DELEGIERTE

Fachbereich RECHT

Elisabeth Freitag	Regierungsdirektorin	Regierung von Niederbayern
Fiona Wagner-Woodier	Regierungsrätin	Landratsamt Landshut

Fachbereich TECHNIK

Sabine Schmalhofer	Baudirektorin	Verband für Ländliche Entwicklung Niederbayern
Peter Hellauer	Baurat	Staatliches Bauamt Passau

Fachbereich FORST

Walter Schubach	Forstdirektor	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Deggendorf
-----------------	---------------	--

Mittelfranken

Mitgliederversammlung mit Neuwahlen

Die in diesem Jahr notwendige Mitgliederversammlung fand am 2. April 2019 statt. Bisher war Herr Richter am Verwaltungsgericht Hans-Peter Smolka als Bezirksvorsitzender tätig gewesen.

Bei den nunmehr durchgeführten Neuwahlen stellte sich Herr Smolka aus beruflichen Gründen leider nicht mehr zur Verfügung. Da sich kein anderer Kandidat zur Verfügung stellte, wurde zwar kein Vorsitzender gewählt, aber sowohl der weitere Vorstand als

auch die Delegierten konnten gewählt werden.

Herr Smolka erklärte sich aber bereit, bis zur Wahl eines neuen Vorsitzenden für den Bezirksverband kommissarisch tätig zu sein. Hierfür gilt ihm mein großer Dank. Im nächsten Jahr wird die Vorsitzendenfrage geklärt werden müssen. Hierbei werde ich gerne hilfestellend zur Seite stehen.

Peter Meyer
1. Vorsitzender ■

ERGEBNISSE DER WAHLEN IM BEZIRKVERBAND MITTELFRANKEN VOM 2. APRIL 2019

BEZIRKSVORSITZENDER

N.N.

VORSTANDSMITGLIEDER

Fachbereich RECHT

Walter Leuner Abteilungsdirektor Regierung von Mittelfranken

Fachbereich TECHNIK

N.N.

Fachbereich FORST

Dr. Peter Pröbstle Forstdirektor Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürth

Fachbereich LEBENSMITTELCHEMIE

Dr. Knut Werkmeister Chemiedirektor a. D. Erlangen

DELEGIERTE

Fachbereich RECHT

Dr. Thomas Bauer Regierungspräsident Regierung von Mittelfranken
Barbara Gruber Regierungsdirektorin Regierung von Mittelfranken
Alexandra Horn Oberregierungsrätin Hochschule Ansbach
Hanns Obermillacher Präsident a. D. Ansbach

Fachbereich TECHNIK

Bernhard Brunner Regierungsdirektor Regierung von Mittelfranken
Wolfgang Neukirchner Baudirektor Amt für Ländliche Entwicklung Mittelfranken
Thomas Spitzer Bauoberrat Landesbaudirektion Bayern

Fachbereich LEBENSMITTELCHEMIE

Dr. Ulla Haderlein Chemieoberrätin Bayer. Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
Matthias Böttger Ltd. Chemiedirektor a. D. Nürnberg

Fachbereich FORST

Christoph Kassian Forstdirektor a. D. Schwabach

ERSATZDELEGIERTER

Fachbereich FORST

Dr. Peter Pröbstle Forstdirektor Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürth



Unterfranken

Mitgliederversammlung mit Neuwahlen

Am 7. März 2019 fand die turnusmäßige Mitgliederversammlung mit Neuwahlen von Vorstand und Delegierten im Großen Sitzungssaal der Regierung von Unterfranken in Würzburg statt. Die erschienenen Mitglieder freuten sich sehr über die Anwesenheit und die Grußworte von *Herrn Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann*, der unserem Verband als langjähriges Mitglied und ehemaliger Landesvorsitzender nach wie vor eng verbunden ist.

Nachdem sich unser amtierender Landesvorsitzender Peter Meyer bereits bei der Mitgliederversammlung im Jahr 2018 den unterfränkischen Mitgliedern persönlich vorgestellt und über aktuelle beamtenpolitische Entwicklungen referiert hatte, war es umso erfreulicher, dass wir ihn auch

bei der Mitgliederversammlung 2019 wieder in Würzburg begrüßen durften.

In seinem Grußwort skizzierte Peter Meyer die Kernaspekte seiner bisherigen Tätigkeit als Landesvorsitzender und spannte den Bogen zu einigen aktuellen politischen Themen.

Anschließend berichtete der Bezirksvorsitzende Michael Pahlke über die Tätigkeit des Vorstands in den letzten vier Jahren, insbesondere über die in diesem Zeitraum durchgeführten Veranstaltungen.

Ein ausdrücklicher Dank des Bezirksvorstandes galt *Herrn Regierungspräsidenten a. D. Dr. Paul Beinhöfer*, der die Tätigkeit des VHBB Unterfranken als Mitglied des Verbandes stets unterstützt hat und – soweit es

sein Terminkalender zuließ – an den Veranstaltungen auch regelmäßig persönlich teilnahm.

Im Rahmen der anschließend durchgeführten Neuwahlen, die von Herrn Regierungspräsident Dr. Ehmann als Wahleiter ebenso souverän wie humorvoll geleitet wurden, sind der bisherige Bezirksvorsitzende Michael Pahlke als Vertreter des Fachbereichs Recht, Dr. Claudia Bauer-Christoph als Vertreterin des Fachbereichs Lebensmittelchemie sowie Bernhard Zürner als Vertreter des Fachbereichs Forst in ihren Ämtern bestätigt worden. Neu in den Bezirksvorstand gewählt wurde Baudirektor Otto Waldmann vom Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken als Vertreter des Fachbereichs Technik.

Dr. Claudia Bauer-Christoph
Bezirksvorstand Unterfranken ■

ERGEBNISSE DER WAHLEN IM BEZIRKVERBAND UNTERFRANKEN VOM 7. MÄRZ 2019

BEZIRKSVORSITZENDER

Michael Pahlke	Oberregierungsrat	Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr
----------------	-------------------	---

VORSTANDSMITGLIEDER

Fachbereich TECHNIK

Otto Waldmann	Baudirektor	Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken
---------------	-------------	--

Fachbereich FORST

Bernhard Zürner	Forstoberrat	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bad Neustadt
-----------------	--------------	--

Fachbereich LEBENSMITTEL-CHEMIE

Dr. Claudia Bauer-Christoph	Chemieoberrätin	Bayer. Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
-----------------------------	-----------------	--

DELEGIERTE

Fachbereich RECHT

Peter Ditze	Regierungsdirektor	Bezirk Unterfranken
Michael Pahlke	Oberregierungsrat	Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Fachbereich TECHNIK

Norbert Böhm	Abteilungsleiter	Regierung von Unterfranken
Otto Waldmann	Baudirektor	Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken

Fachbereich FORST

Bernhard Zürner	Forstoberrat	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bad Neustadt
-----------------	--------------	--

Fachbereich LEBENSMITTEL-CHEMIE

Dr. Norbert Christoph	Ltd. Chemiedirektor	Bayer. Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
-----------------------	---------------------	--

Unterfranken

Besuch der WeinKulturGaden mit Weinprobe in Thüngersheim

Am 31. Oktober 2019 trafen sich zahlreiche Mitglieder mit Ehegatten und Gästen zu einer Besichtigung der *WeinKulturGaden* im Weindorf Thüngersheim. Das ursprünglich altdeutsche Wort *Gaden* bedeutet so viel wie *kleines, einzimmriges Häuschen (Hütte)*. Die mittelalterlichen Kirchgaden in Thüngersheim standen viele Jahre leer und waren dem Verfall preisgegeben. Vor einigen Jahren wurden sie von der Gemeinde mit Unterstützung aus Fördermitteln vorbildlich saniert.

Die fachkundige Führung übernahm dankenswerterweise Herr Norbert Häglsperger, Mitglied des Gemeinderats der Gemeinde Thüngersheim. Dieser berichtete nicht nur sehr anschaulich über die historische und aktuelle Nutzung der Gaden, sondern gewährte auch äußerst interessante



Herr Norbert Häglsperger erläutert den Teilnehmern in den historischen Kirchgaden von Thüngersheim die Methoden der Dendrochronologie.



Ein Teil der historischen Kirchgaden wird heute als „Energie-Gaden“ genutzt. Herr Norbert Häglsperger berichtet über die Nahwärmeversorgung in der Gemeinde Thüngersheim.

Einblicke in die kommunalpolitischen Herausforderungen bei der Realisierung und Nutzung eines derartigen Projekts. Im Anschluss an das Besichtigungsprogramm klang der Abend im familiengeführten Weingut Schwab im Rahmen einer Weinprobe mit fränkischer Brotzeit und guten Gesprächen aus.

Michael Pahlke
Bezirksvorsitzender



ERGEBNISSE DER WAHLEN IM BEZIRKVERBAND SCHWABEN VOM 6. SEPTEMBER 2019

BEZIRKSVORSITZENDE

Petra Wengert Oberregierungsrätin Regierung von Schwaben

VORSTANDSMITGLIEDER

Fachbereich RECHT

Monika Sitter Regierungsdirektorin Staatliches Bauamt Krumbach

Fachbereich TECHNIK

Jochen Braun Baudirektor Regierung von Schwaben

Fachbereich FORST

Rainer Nützel Ltd. Forstdirektor Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Mindelheim

Fachbereich LEBENSMITTELCHEMIE

Dr. Thomas Gröpl Medizinaldirektor Regierung von Schwaben

DELEGIERTE

Fachbereich RECHT

Dr. Andreas Reich Ltd. Ministerialrat a.D. Augsburg
 Monika Sitter Regierungsdirektorin Staatliches Bauamt Krumbach
 Petra Wengert Oberregierungsrätin Regierung von Schwaben

Fachbereich TECHNIK

Jochen Braun Baudirektor Regierung von Schwaben
 Ralph Neumeier Baudirektor Regierung von Schwaben

Fachbereich FORST

Rainer Nützel Ltd. Forstdirektor Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Mindelheim

Fachbereich LEBENSMITTELCHEMIE

Dr. Thomas Gröpl Medizinaldirektor Regierung von Schwaben



Das VHBB-Team Ihrer Geschäftsstelle wünscht Ihnen gesegnete Weihnachten und alles erdenklich Gute für das Neue Jahr!

ÖFFNUNGSZEITEN der Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle ist geöffnet: **Montag bis Donnerstag 8.30 - 16.00 Uhr**
Freitag 8.30 - 14.00 Uhr

Außerhalb dieser Zeiten können Sie uns gerne jederzeit Ihre Nachricht auf den Anrufbeantworter sprechen. Bitte geben Sie Ihren Namen und Ihre Telefonnummer an, damit wir Sie zurückrufen können.

Bitte beachten Sie, dass Rechtsschutz-Angelegenheiten und Schadensmeldungen nur während der Öffnungszeiten bearbeitet und weitergeleitet werden können.

Um gesetzliche und gerichtliche Fristen bei Rechtsschutzanträgen einhalten zu können, bitten wir Sie, diese deutlich vor Fristablauf einzureichen.

Vom 20. Dezember 2019 bis 6. Januar 2020 ist die Geschäftsstelle geschlossen.

In dieser Zeit wird unser Briefkasten regelmäßig geleert, um Schadensmeldungen etc. weiterzuleiten zu können!



Wotanstraße 86
 80639 München
 Telefon 089.28001 11
 Fax 089.2805664
 E-mail info@vhbb.de

FÜHRUNGSKRÄFTE BAYERISCHER VERWALTUNGEN
 Verband der höheren Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten in Bayern e.V.

Schwaben**Bericht aus dem Bezirksverband**

v.l.n.r.: Dr. Andreas Reich, Monika Sitter, Dr. Thomas Gröpl, Petra Wengert, Rainer Nützel und Jochen Braun.

Am 6. September 2019 fand in Augsburg die lang überfällige Mitgliederversammlung mit Neuwahlen statt.

Regierungsvizepräsident Josef Gediga begrüßte die Teilnehmer im historischen Rokosaal und übergab dabei auch seinen ausgefüllten Mitgliedsantrag. Der *Landesvorsitzende Peter Meyer*, *Landtagsvizepräsident a.D.*, scheiterte mit seinem Wunsch zur Teilnahme an den Tücken der Technik der Deutschen Bahn. Wegen einer deutlichen Verspätung vor Ingolstadt musste er in München unverrichteter Dinge umdrehen.

Auf der Mitgliederversammlung gab die Vorsitzende ihren Bericht über die Aktivitäten und Veranstaltungen der letzten Jahre ab. Nachdem der Entlastung wurde der Vorstand neu

gewählt. Der Fachbereich Kunst und Kultur ist momentan nicht im Vorstand vertreten. Es besteht jedoch die Möglichkeit, einen Vertreter zu kooptieren, wenn dies sinnvoll erscheint. Die Ergebnisse entnehmen Sie bitte dem abgedruckten Kasten.

Nach einer angeregten und offenen Diskussion wurde die Vorsitzende gebeten folgende Anliegen aus der Mitte der Mitglieder an den Landesvorstand zu übermitteln.

- Den Beamten, für die es bislang keine Dienstabzeichen gibt, soll ein solches zur Verfügung gestellt werden, damit sie bei Kontrollen oder auf Versammlungen auch ohne Dienstausweis als (Vollzugs-) Beamte des Freistaates für Dritte zweifelsohne erkennbar sind. Angedacht ist an ein Abzeichen ähnlich wie bei der Forstverwaltung.

- Der Landesvorstand wird gebeten bei der Staatsregierung eine Evaluierung der Modularen Qualifizierung anzuregen. Hierbei soll insbesondere überprüft werden, ob modular qualifizierte Kollegen nach Abschluss der Qualifizierung eine neue Dienstaussage wahrnehmen müssen und, ob sich die Beförderung der modular Qualifizierten im Gleichklang mit den originär Qualifizierten bewegt. Hier interessiert vor allem die durchschnittliche Dauer der Beförderung von A13 nach A14 und von A14 nach A15.

Petra Wengert
Bezirksvorsitzende ■



Technik

Aufgabenzuwachs und Personalmangel

Unter die Überschrift *Bauministerium unter neuer Leitung* setzte ich den Jahresbericht im vergangenen Jahr – und nun steht mit gewisser Wahrscheinlichkeit ein neuer Wechsel an. Zwei Jahre nachdem die vormalige Oberste Baubehörde im März 2018 zum Ministerium geadelt wurde, tritt der amtierende Minister *Dr. Hans Reichhardt* in seinem Heimatwahlkreis im März 2020 als Landratskandidat zur Wahl an. Sollte er die Wahl gewinnen, wird nach nur zwei Jahren bereits der zweite Amtswechsel erfolgen. Das Wirken von Staatsminister Reichhardt indessen hinterlässt Spuren.

„Um das Controlling von Großprojekten weiter zu stärken, hat das Bayerische Bauministerium ein ganzes Maßnahmenbündel auf den Weg gebracht. Das Ziel: Hochbauprojekte sollen trotz der derzeitigen Baukonjunktur im geplanten Kosten- und Terminrahmen realisiert werden“, heißt es in einer Pressemitteilung Ende Oktober 2019. Die Bayerische Staatsbauverwaltung verantwortet derzeit mehr als 2.400 Hochbauprojekte mit einem Gesamtvolumen von 14 Milliarden Euro. Um Kostensteigerungen und Terminverzögerungen frühzeitig erkennen und Steuerungsmaßnahmen einleiten zu können, greift bayernweit bereits seit Sommer 2018 ein einheitliches Projektmonitoring. Parallel sollen die Projekte mit möglichst realistischen Kosten und Terminen genehmigt werden. Dazu werden künftig sowohl zu erwartende Baupreissteigerungen als auch projektspezifische Risikokosten bereits bei der Projektgenehmigung eingepreist. Die im Frühjahr 2018 eingerichtete *Stabsstelle Controlling* im Bayerischen Bauministerium begleitet dabei sämtliche staatlichen Hochbauprojekte mit einem Volumen von über 20 Millionen Euro – aktuell sind das mehr als 200 Projekte. Zweifellos fand auch zuvor schon ein Controlling der staatlichen



Eine Baustelle am Frankfurter Ring in München

Baumaßnahmen statt, neu eingeführt wurde indessen im Zusammenhang mit der Stabsstelle ein umfangreiches Berichtswesen an den Landtag, das auf sämtlichen Ebenen einen gewissen Mehraufwand bedeutet, der an anderer Stelle Lücken hinterlässt – und zwar selbst dort, wo Stellen bereitgestellt werden, denn geeignetes Personal ist derzeit kaum zu finden.

Die Baubranche erlebt in den vergangenen Jahren eine enorme konjunkturelle Hochphase. Dies zieht nicht spurlos an öffentlichen Baumaßnahmen vorbei. Der Bauboom macht sich vor allem auch in der knappen Verfügbarkeit von Ingenieuren, Architekten und auch Handwerksfirmen bemerkbar. Die Planung und Durchführung von Baumaßnahmen jeder Größenordnung, insbesondere aber von Großprojekten, wird so zu einer Herausforderung. Zunehmend klagen öffentliche Auftraggeber über gegenüber der Kostenschätzung deutlich erhöhte oder gar gänzlich fehlende Angebote.

Manche Firmen geben offen zu, dass sie zu höheren Preisen anbieten, um grundsätzlich im Geschäft zu bleiben, aber aufgrund fehlender Arbeitskräfte an einem Auftrag zum aktuellen Zeitpunkt gar nicht unbedingt interessiert sind. Der Fachkräftemangel allerdings macht sich nicht nur bei Firmen und in Ingenieurbüros bemerkbar, sondern insbesondere auch bei den öffentlichen Arbeitgebern. Manche Stellen sind über Monate, wenn nicht gar Jahre, unbesetzt, da sich zu den ausgeschriebenen Bedingungen keine Interessenten finden lassen. Insofern sind politische Entscheidungsträger gut beraten, wenn Sie einhergehend mit neuen Aufgaben nicht nur die erforderlichen zusätzlichen Arbeitsstellen genehmigen, sondern zudem durch geeignete Maßnahmen dazu beitragen, diese auch durch attraktive Angebote besetzen zu können.

Der Fachkräftemangel nimmt nicht nur kein Ende, er erreicht sogar einen Höhepunkt nach dem anderen.

Technik

Die Autobahn

Mitte Mai 2019 wurde eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag mehrerer Arbeitgeberverbände veröffentlicht: Im April 2019 fehlten demnach 311.300 Arbeitskräfte im sogenannten MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Damit erreicht die Lücke einen der höchsten Werte seit Beginn der Aufzeichnungen vor acht Jahren, heißt es in der Studie. Der Bedarf an MINT-Fachkräften wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen, ebenso wie der Fachkräftengpass sich zuspitzen werde. Dies liege vor allem auch an dem demografischen Wandel, welcher nach sich zieht, dass viele der derzeitigen MINT-Fachkräfte bald in Rente gehen werden. Laut Prognose des IW werden bis 2021 im Jahr durchschnittlich 258.600 neue MINT-Fachkräfte gebraucht werden, nur um den aktuellen Stand zu erhalten. In den darauffolgenden Jahren würde sich der Bedarf noch weiter erhöhen. Keine rosigen Aussichten für die öffentlichen Verwaltungen.

Um die Interessen der Führungskräfte in den Bayerischen Verwaltungen zu wahren und zu stärken, hierfür setzt sich unser Fachverband VHBB auf vielen Ebenen ein. Der Fachbereichsrat Technik vertritt hierin in erster Linie die technischen Berufsgruppen. Eine Neuwahl fand auf der Mitgliederversammlung am 24. Oktober 2019 statt, die aktuelle Zusammensetzung finden Sie auf Seite 6. Ich will es an dieser Stelle jedoch nicht versäumen, wieder einmal aufzurufen, zur Meinungsbildung beizutragen. Wer gerne mitwirken möchte, ist herzlich eingeladen! Bitte wenden Sie sich an unsere Geschäftsstelle.

Frieder Vogelsgesang
Dipl.-Ing. Univ. Architekt
Vorsitzender Fachbereich Technik



Die A 9 an ihrem Ende in Schwabing

In den vergangenen Ausgaben berichteten wir über die neue Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen, nun hat das Kind einen einprägsamen Rufnamen erhalten, schlicht: Die Autobahn.

Von AGB über die GmbH bis hin zu DAGdB – zuletzt kursierten auf verschiedenen Informationsveranstaltungen der neuen Infrastrukturgesellschaft zahlreiche Varianten einer Kurzfassung des Unternehmensnamens. Die Kurzform für die Autobahn GmbH des Bundes lautet ‚Die Autobahn‘, sagte nun

Immo von Fallois, seit Oktober 2019 neuer Leiter der Unternehmenskommunikation. *Die Autobahn ist eine starke Marke – prägnant, national und international gleichermaßen verstanden. Den Unternehmenszweck drückt sie klar und unmissverständlich aus: Verantwortung für die Planung, den Bau und Service der deutschen Autobahnen zu tragen. Deshalb haben wir uns dagegen entschieden, ein künstliches Akronym oder Initialwort zusätzlich neu einzuführen*, so von Fallois.



Im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen einigten sich die Länder und der Bund 2017 unter anderem auf die Reform der Bundesfernstraßenverwaltung. Aktuell wird die Verwaltung des ca. 13.000 Kilometer langen Autobahnnetzes in Deutschland zwar durch den Bund finanziert und beauftragt, jedoch dezentral durch die einzelnen Bundesländer ausgeführt. Ziel der Reform ist es, Finanzierung und Verwaltung ab 1. Januar 2021 bei der Autobahn GmbH des Bundes in eine Hand zu legen. Ressourcen sollen so effektiver genutzt und die Qualität der deutschen Autobahnen auch zukünftig gewährleistet werden. Aufgrund der Komplexität des Transformationsvorhabens handelt es sich um eine der größten infrastrukturpolitischen Reformen der vergangenen Jahrzehnte.

Die Autobahn GmbH des Bundes wurde am 13. September 2018 in Berlin gegründet. Die Zentrale befindet sich am Leipziger Platz in Berlin. Ab 2021 wird es zehn Niederlassungen geben, die sich im gesamten Bundesgebiet verteilen. Darüber verstärken zukünftig 41 regionale Außenstellen

die Niederlassungen. Vor Ort sorgen Beschäftigte in den Autobahnmeistereien dafür, dass der Verkehr fließt. Jede Autobahnmeisterei ist im Schnitt für 70 km Autobahn verantwortlich.

Der mittlerweile weltweit bekannte Begriff Autobahn wurde erstmals von dem Ingenieur Robert Otzen vor rund 90 Jahren geprägt. Anstelle der bis dato gebräuchlichen Bezeichnung *Nur-Autostraße* sollte 1929 eine Vereinfachung in Analogie zur Eisenbahn eingeführt werden.

Der dbb, Dachgewerkschaftsverband der Beamten und der Tarifbeschäftigten, hat am 11. November 2019 in Nürnberg eine weitere Regionalkonferenz veranstaltet, um über die neuen Gegebenheiten zu informieren. *Das Haus „Autobahn GmbH“ ist gebaut. Und mit dem von uns verhandelten Tarifwerk und der Anwendungsrichtlinie für die Beamtinnen und Beamten ist es auch ganz ansehnlich eingerichtet. Jetzt muss Leben in die Bude*, erklärten Friedhelm Schäfer und Volker Geyer, die dbb-Fachvorstände für Beamten- und Tarifpolitik. Ob die Beschäftigten ein Teil der perspektivisch etwa

15.000 Köpfe zählenden Organisation werden wollen, müsse natürlich jeder für sich entscheiden. *Wir haben aber sichergestellt, dass es bei einem Wechsel niemand verliert. Im Gegenteil, viele Arbeitsbedingungen dürften gegenüber der aktuellen Situation vieler Beschäftigter attraktiver sein.*

Zur Wahrheit gehört aber natürlich auch, dass sich viele Regelungen erst noch im Praxistest beweisen müssen. Der Fachbereichsrat Technik im VHBB nimmt hierzu gerne Anregungen entgegen und wird sich auch weiterhin im Interesse seiner Mitglieder einbringen. Nehmen Sie bei Bedarf bitte mit unserer Geschäftsstelle Kontakt auf.

Frieder Vogelsgesang
Dipl.-Ing. Univ. Architekt
Vorsitzender Fachbereich Technik ■

Die Geschäftsstelle bittet um Ihre Mithilfe

Wenn sich Ihre Dienststelle oder Ihre Privatadresse geändert hat, informieren Sie bitte die Geschäftsstelle, damit wir Ihre persönlichen Daten aktualisieren können. Und wenn Sie (endlich) befördert worden sind, teilen Sie uns dies auch bitte mit, damit wir die Beitragsanpassung durchführen können. Der Beitragsordnung liegt der Solidargedanke zugrunde, dass stärkere Schultern etwas mehr tragen können.

Für Ihre Mithilfe bedankt sich Ihre Geschäftsstelle herzlich!



FÜHRUNGSKRÄFTE BAYERISCHER VERWALTUNGEN

Verband der höheren Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten in Bayern e. V.

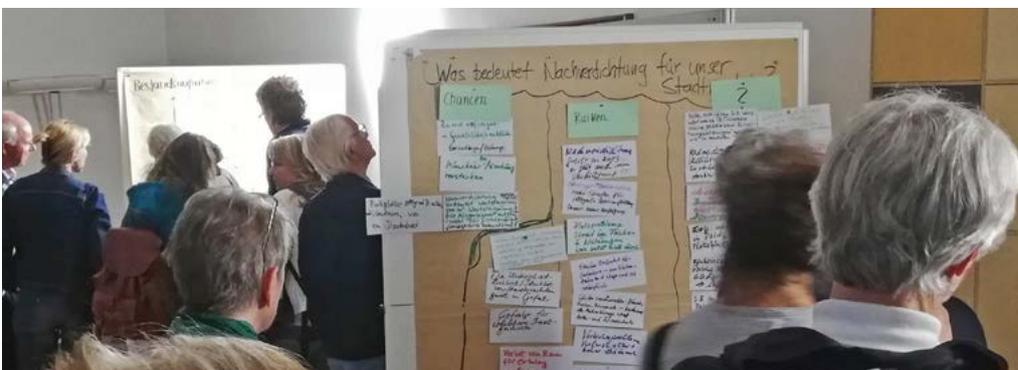
Wotanstraße 86
80639 München
Telefon 089.28001 11
Fax 089.2805664
Em@il info@vhbb.de

Technik

Praxisleitfaden zur Bürgerbeteiligung

Im Mittelpunkt der 11. Fachtagung der Veranstaltungsreihe *Bayerische Innenstädte: attraktiv – lebenswert – unverwechselbar* stand am 14. November 2019 das Thema *Bürgerbeteiligung bei städtebaulichen Projekten*.

Bürgerbeteiligung spielt im Bereich der Ortsentwicklung und des Städtebaus eine wichtige Rolle, denn die Planungen und konkreten Projekte haben meist direkt spürbare Auswirkungen auf den Lebensalltag der Menschen. Weshalb Beteiligung heute so wichtig ist, wo ihre Chancen und Grenzen liegen und wie dabei bestmöglich vorzugehen ist, sind Fragestellungen, die für alle bayerischen Kommunen von zentraler Bedeutung sind. Im Rahmen der Veranstaltung wurde auch der neue Praxisleitfaden *Bürgerbeteiligung bei städtebaulichen Planungen und*



Projekten vorgestellt, der den bayerischen Kommunen Hilfestellungen für die Entwicklung eigener, individueller Beteiligungskonzepte geben soll. Raum für spannende Diskussionen bot außerdem die Vorstellung von zwei Praxisbeispielen aus Augsburg und Ruhstorf a.d.Rott sowie drei parallel stattfindende Workshops zu wesentlichen Fragestellungen und häufigen Herausforderungen bei Beteiligungsprozessen.

Die Innenstädte und Ortszentren zu entwickeln und zu bewahren, ist ein

wichtiges Handlungsfeld der Ortsplanung. Die Funktionsvielfalt, die stadträumlichen und gestalterischen Qualitäten sind gleichermaßen Grund für die Anziehungskraft der Innenstädte und Ortskerne gerade in Bayern. Die Zentren der Städte und Gemeinden sind heute jedoch erheblichen Problemen und Gefahren ausgesetzt, insbesondere durch die Abwanderung von Bewohnern und Betrieben an den Stadtrand und in das Umland. Ein besonderes Problemfeld sind dabei die Strukturveränderungen im Einzelhandel: Der Konsum wird zunehmend auf die Grü-

ne Wiese verlagert. Die Veränderungen führen dazu, dass Innenstädte spürbar an Attraktivität verlieren. Teilweise gibt es Tendenzen zur Verödung oder zur Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

Bereits im Jahr 1999 wurde die Initiative *Bayerische Innenstädte: attraktiv-lebenswert-unverwechselbar* ins Leben gerufen. Sie widmet sich der Stärkung und Revitalisierung der Innenstädte und Ortszentren. Die Bayerische Innenstadtinitiative bringt Fachleute aus Politik, Planung, Verwaltung und Wirtschaft zusammen.

Wer eine Bürgerbeteiligung für ein städtebauliches Projekt plant, kann sich hier praxisnah informieren: www.buergerbeteiligung-staedtebau.bayern.de

Frieder Vogelsgesang
Dipl.-Ing. Univ. Architekt
Vorsitzender Fachbereich Technik

Fotos: Frieder Vogelsgesang



Lebensmittelchemie

Aktivitäten des Fachbereichsrats Lebensmittelchemie

Nach der Feier des 50-jährigen Bestehens unseres bayerischen Landesverbandes im vergangenen Jahr können die Lebensmittelüberwachung und die staatlich geprüften Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker in Bayern in diesem Jahr auf drei weitere Geburtstage zurückblicken:

- 140 Jahre Deutsches Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz: 1879 tritt im Deutschen Reich das *Gesetz betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen* in Kraft.
- 135 Jahre *Allerhöchste königliche Verordnung vom 27. Januar 1884*, aufgrund der die bayerischen Untersuchungsanstalten für Nahrungs- und Genussmittel in München, Erlangen und Würzburg von keinem geringeren als Max von Pettenkofer errichtet wurden.
- Seit genau 125 Jahren gibt es die Ausbildung zur Staatlich geprüften Lebensmittelchemikerin und zum Staatlich geprüften Lebensmittelchemiker nach einem Bundesratsbeschluss im Jahr 1894. Mit der Auflage gleichlautender Ausbildungsverordnungen auf Länderebene wurde der reichseinheitliche Beruf des/r Lebensmittelchemikers/in mit Staatsprüfung und Befähigungsausweis fixiert und in Bayern die Verordnung am 14. Juni 1894 bekannt gegeben.

Schon vor 1879 versuchte eine Reichstagskommission, sich einen Überblick über die Lebensmittelgesetzgebung und Lebensmittelkontrolle in den deutschen Bundesstaaten zu verschaffen. In einem dazu vorgelegten Bericht wird dazu ausgeführt: *Bayern zeichnet sich durch den Inhalt, den Umfang und die Sorgfalt seiner Gesetzgebung, durch die Einrichtung und Zahl seiner technischen Untersuchungs-*

stationen und durch die Organisation seiner Gesundheitspolizei gegenüber den anderen Staaten, insbesondere Preußen, sehr vorteilhaft aus.

Nicht nur die Mitglieder des Fachbereichs Lebensmittelchemie im VHBB, sondern alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern würden sich freuen, wenn dafür Sorge getragen wird, dass dieses Lob für eine Lebensmittelüberwachung auf hohem Niveau auch nach 140 Jahren weiter Bestand hat. Der Fachbereich Lebensmittelchemie im VHBB und der Bundesverband der Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker im öffentlichen Dienst (BLC) haben sich in jedem Falle auch in diesem Jahr dafür wieder eingesetzt.

Aktivitäten des Fachbereichs

Die Aktivitäten des Fachbereichsrates standen bis Mai 2019 zunächst ganz im Zeichen von weiteren intensiven Bemühungen, durch eine Genehmigung neuer Stellen im Doppelhaushalt 2019/20 eine Verbesserung der Personalsituation in den Untersuchungsbereichen des LGL herbeizuführen. In internen Sitzungen des Fachbereichsrates und bei einem Gespräch mit der Abt. 4 des StMUV wurde die Personalsituation mit den negativen Folgen fehlender Stellen sowie weitere Themen, wie z. B. die Notwendigkeit eines Bayerischen Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnung *Staatlich geprüfte/r Lebensmittelchemiker/in* diskutiert. Mitglieder des Fachbereichsrates nahmen an Sitzungen des VHBB-Vorstands, der erweiterten Vorstandssitzung und der Jahreshauptversammlung des BLC in Mainz sowie der Mitgliederversammlung des VHBB in München teil. Bei der Sitzung des Fachbereichsrates am 23. Januar 2019 gab *Dr. Knut Werkmeister* den Vorsitz des Fachbereichsrates ab, es wurde *Dr. Norbert Christoph* zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Bemühungen zur Personalverbesserung in den Untersuchungsbereichen des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)

Im Vorfeld der Beratungen zum Doppelhaushalt 2019/2020 wurden Anfang 2019 die Bemühungen zur personellen Verbesserung besonders im Landesinstitut für Lebensmittel, Lebensmittelhygiene und Kosmetische Mittel (LH) und im Landesinstitut für Rückstände, Kontaminanten und Bedarfsgegenstände (RK) nochmals intensiviert. Bereits im Januar wurde bekannt, dass nach dem Ergebnis der Haushaltsklausur des Kabinetts, das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz keinen signifikanten Stellenzuwachs aus den über 4.000 neuen Stellen im Staatshaushalt erhalten wird. Die Stellen seien überwiegend für die Ressorts Innere Sicherheit und Unterricht und Kultus vorgesehen. Insofern hat der Fachbereich in einem Schreiben an die Vorsitzende des Landtagsausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz, MdL Rosi Steinberger, sowie in Schreiben an weitere Mitglieder des Ausschusses, MdL Florian von Brunn (SPD), MdL Eric Beißwenger (CSU) und MdL Hans Friedl (Freie Wähler) nochmals darum gebeten, sich dafür einzusetzen, dass unsere vom Landtagsausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz 2018 gewürdigte Petition zur Personalverbesserung bei den Haushaltsberatungen berücksichtigt wird. Die SPD stellte dazu einen Änderungsantrag für den Haushaltsplan 2019/20 zur *Verbesserung der Personalausstattung beim LGL durch Schaffung 35 neuer Stellen*; Frau MdL Steinberger sowie Herr MdL Hans Friedl bekundeten ihre Unterstützung für den Antrag der SPD. Unser VHBB-Vorsitzender Peter Meyer richtete ebenfalls ein Schreiben an Herrn Ministerpräsidenten Markus Söder, an die Herren Staatsminister Füracker, Aiwan-

ger und Glauber sowie an die Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler und der CSU. In einer Antwort der Staatskanzlei wurde mitgeteilt, dass unser Anliegen an den Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber weitergeleitet wird. Dieser teilte darauf-

hin in einem Schreiben vom 12. April 2019 an unseren VHBB-Vorsitzenden Peter Meyer mit: „Die Dringlichkeit von Stellenmehrungen im Laborbereich des LGL wird auch von Seiten des Staatsministeriums gesehen. Bei den Verhandlungen zur Aufstellung des

Doppelhaushalts 2019/2020 wurden daher entsprechende Forderungen nach einem Stellenzuwachs für den Laborbereich des LGL gestellt, die letztlich leider keine Berücksichtigung fanden. Das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz wird sich bei



NACHRUF
Dr. Konrad Hildenbrand
(1930-2019)

Am 10. Oktober 2019 verstarb
Dr. Konrad Hildenbrand,
Ltd. Chemiedirektor a. D.

Dr. Hildenbrand begann am 1. Mai 1961 seine Tätigkeit als staatl. gepr. Lebensmittelchemiker an der Staatlich Chemischen Untersuchungsanstalt Würzburg und war von 1982 bis zu seiner Pensionierung im Oktober 1995 Leiter der Dienststelle Würzburg, des später umbenannten Landesuntersuchungsamtes für das Gesundheitswesen Nordbayern. Von 1972 bis 1975 war Dr. Hildenbrand Vorsitzender der Fachgruppe Naturwissenschaften des Ärzteverbandes Öffentlicher Gesundheitsdienst Bayern e. V. (damals Medizinalbeamtenverein). In diese Zeit fiel die Umorganisation der Chemischen Untersuchungsanstalten in Bayern zu den beiden Landesuntersuchungsämtern Nordbayern und Südbayern, wodurch bei der Dienststelle Würzburg nach und nach immer mehr Aufgaben abgebaut und Sachgebiete nach Erlangen verlagert wurden. Nur die Schwerpunktgebiete Wein, Fruchtsäfte, Spirituosen, Mineralwasser und Trinkwasser für Unterfranken verblieben zunächst in Würzburg. Es ist vor allem auch Dr. Hildenbrand zu verdanken, dass die ab 1982 immer wieder bestehenden Bestrebungen, die Dienststelle Würzburg völlig aufzulösen, verhindert werden konnten und die Existenz der Außenstelle durch Neugestaltung und Erweiterung mit einem neuen Dienstgebäude stabilisiert wurde. Erst 1983 erfolgten klare Aussagen der Entscheidungsträger für die künftigen Aufgaben und Arbeitsbedingungen am Untersuchungsamt Würzburg. Diese hatten dann Planungen für den Umbau und Anbau der ehemaligen staatlich Bakteriologischen Untersuchungsanstalt als neues Dienstgebäude zur Folge. Die von Dr. Hildenbrand maßgeblich begleiteten Planungen der Baumaßnahmen der künftigen Dienststelle sowie eines neuen Labors für die Europäische Weindatenbank und die Kernresonanzspektroskopie von Wein konnten 1995 abgeschlossen werden. Diese Erfolge für den Bestand und die Erweiterung der Würzburger Dienststelle waren auch nur durch gute Kontakte von Dr. Hildenbrand zu damals einflussreichen Persönlichkeiten in der Politik zu verdanken. Sein besonderes Interesse galt auch der Geschichte der Lebensmittelüberwachung in Unterfranken und in Bayern, die er in verschiedenen Beiträgen publizierte. Nicht nur die Kolleginnen und Kollegen der Dienststelle Würzburg werden Dr. Konrad Hildenbrand's immer sehr großes Engagement um die Dienststelle Würzburg und deren Förderung im Hinblick auf ihre weiterhin große Kompetenz in der Wein- und Getränkeanalytik schätzen. Sein Motto als Lebensmittelchemiker und Leiter der Würzburger Dienststelle hat er in einem Buch *Lebenswege Miltenberger Abiturienten 1950* vermerkt: **Freude an der Arbeit ist die beste Motivation für gute Leistungen** Dieser Leitsatz und seine Freude an der Arbeit im Verbraucherschutz wurde von vielen seiner nachfolgenden Kolleginnen und Kollegen in Würzburg gerne übernommen und wird auch bis heute noch weitergeführt.

Dr. Norbert Christoph, Waldbrunn



den künftigen Haushaltsverhandlungen weiterhin für eine angemessene Erhöhung der Planstellen in diesem Bereich einsetzen“.

Der Änderungsantrag der SPD für neue Stellen wurde letztlich wie nahezu alle Anträge der Oppositionsparteien vom Haushaltsausschuss zur Ablehnung empfohlen. In diesem Zusammenhang möchten wir einige Passagen aus dem Protokoll 18/18 des Bayerischen Landtags zur Haushaltsdebatte vom 15. Mai 2019 zitieren: Frau MdL Rosi Steinberger, Vorsitzende des Landtagsausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz: „In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Petition hinweisen, die im letzten Jahr mehr Personal für das Labor des LGL gefordert hat. Diese Petition wurde vom Umweltausschuss mit dem Votum ‚Würdigung‘ an das Umweltministerium weitergeleitet. Es hat aber nichts gefruchtet. Dem Wunsch konnte nicht entsprochen werden, hat Umweltminister Glauber uns vor kurzem mitgeteilt. Ich stelle fest, Herr Kollege Bachhuber, wenn Sie sagen, alle Wünsche des Umweltministers wurden erfüllt, dieser Wunsch wurde nicht erfüllt. Deshalb unser Fazit: Die wirklichen Probleme werden nicht angegangen, die Schwerpunkte falsch gesetzt. Der Umwelt- und Verbraucherschutz hätte mehr verdient als nur Almosen. Mehr gibt der Haushaltsentwurf der Staatsregierung aber leider nicht her.“

Antwort des Staatsministers für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber (in Auszügen): „Die Kritik, der Haushaltsplan 12 würde die falschen Schwerpunkte setzen, können wir aus unserer Sicht klar zurückweisen. Das Umweltministerium hat eine der höchsten Investitionsquoten; sie beträgt über 30%. Wir haben – das ist angesprochen worden – zu Recht einen Personalanteil von 50%. Das ist



Dr. Norbert Christoph und Peter Meyer danken Dr. Knut Werkmeister für seine langjährigen Verdienste.

gutes Personal, das wöchentlich für den Umwelt- und den Verbraucherschutz in Bayern einsteht und eine hervorragende Leistung bringt. Einmal darzustellen, dass über 99% geprüft und geschützt sind, wäre der andere Ansatz. Das wollen Sie aber nicht. Ich sage Ihnen auch, warum Sie das nicht wollen: weil es viel weniger Spaß macht, das viele Gute darzustellen. Nun zu dem Thema Daseinsvorsorge und Lebensmittelsicherheit: Kollege von Brunn, Sie sagen, die Lebensmittelsicherheit werde stiefmütterlich behandelt. Ja, es gab Bayern Ei. Danach ist die KBLV gegründet worden. Sie mögen aus Ihrer Sicht behaupten, es werde nicht geprüft oder es werde zu-

mindest zu wenig getan. Ich würde an Ihrer Stelle versuchen, das Thema von der anderen Seite aus zu betrachten. Viele bayerische Bürger gehen tagtäglich einkaufen und wissen, dass sie in über 99% der Fälle ein geprüftes, besonders sicheres Lebensmittel aus Bayern erhalten. Ihre Sichtweise ist, immer nur auf das 1% oder die 0,8% oder die 0,3% abzustellen und als das große Problem darzustellen. Einmal darzustellen, dass über 99% geprüft und geschützt sind, wäre der andere Ansatz. Das wollen Sie aber nicht. Verbraucherschutz ist für die Bayerische Staatsregierung ein hohes Gut. Wir werden es hochhalten.“

Die immer wieder beschworenen Zahlen, dass 99 % der Lebensmittel besonders sicher sind, täuschen darüber hinweg, dass diese, wie in unserer Petition zum Ausdruck gebracht, vor allem dadurch bedingt sind, dass bei immer mehr Proben aufgrund des Personalmangels nur noch schnelle und einfache Untersuchungen zur Erfüllung des Solls an Probenzahlen durchgeführt werden können. Wie die Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen im LGL als auch Zahlen in den Jahresberichten des LGL zeigen, ergibt sich bei solchen Lebensmitteln, die mit einer größeren Untersuchungstiefe, d. h. auf der Grundlage von mehr Untersuchungsparametern beurteilt werden, eine höhere Beanstandungsquote.

Die 2018 gegründete *Bayerischen Kontrollbehörde für Lebensmittel-sicherheit und Veterinärwesen (KBLV)* – mit mehr als 60 neuen Stellen, darunter aber weniger als 10 der zunächst zugesagten 20 Stellen für Lebensmittelchemiker/-innen – führt ebenfalls zu keiner Entlastung der Sachverständigen im LGL, sondern im Gegenteil zu einer Mehrbelastung der Untersuchungsbereiche im LGL mit neuen Aufgaben wie z. B. einer sachverständigen Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen dieser Behörde.

Der Fachbereich Lebensmittelchemie hat sich 2019 ebenfalls dafür eingesetzt, dass eine Stelle für einen zweiten Sachverständigen für regelmäßige Fachkontrollen in Brauereien bereitgestellt wird. In Bayern sind nahezu 50 % aller deutschen Brauereien ansässig. Das Spektrum reicht von weltweit tätigen Konzernen bis zum althergebrachten Ein-Mann-Betrieb oder zum gemeinschaftlichen Kommunbrauhaus. Zur regelmäßigen fachlichen Kontrolle der Brauereien gibt es jedoch nur einen einzigen, im Brauwesen fachlich ausgebildeten und erfahrenen Mit-

arbeiter. Wir hoffen, dass auch hier die bereits erfolgten Initiativen mit dem Verband der privaten Brauereien bald zu einer entsprechenden Personalmaßnahme führen.

Der Fachbereichsrat Lebensmittelchemie wird weiterhin versuchen, den berechtigten Forderungen zur Personalverbesserung in den Untersuchungsbereichen der Landesinstitute im LGL bei verantwortlichen und einflussreichen Politiker/-innen Nachdruck zu verleihen und sie an ihre Versprechen vor der Landtagswahl im vergangenen Jahr erinnern. Zunächst hoffen wir, baldmöglichst *Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber* in einem Gespräch die mangelhafte Personalsituation in den Untersuchungsbereichen des LGL nochmals erläutern zu können, damit er sich, wie versprochen, im nächsten Doppelhaushalt für eine *angemessene Erhöhung der Planstellen* einsetzt.

Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnungen *Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerin / Staatlich geprüfter Lebensmittelchemiker*

Der Fachbereich fordert seit vielen Jahren ein strafbewährtes bayerisches Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung *staatl. gepr. Lebensmittelchemiker/in*, das es in den meisten Bundesländern bereits gibt. In Bayern sind mit dem Abschluss des Universitätsstudiums und dem 1. Staatsexamen nach § 2 APOLmCh nur die Berufsbezeichnungen *Lebensmittelchemiker / Lebensmittelchemikerin* durch den § 132a Abs. 1 Nr. 1 StGB strafbewährt geschützt, weil sie akademisch verliehen werden. Die Berufsbezeichnung *Staatl. gepr. Lebensmittelchemiker/in* wird dagegen nicht von der Universität, sondern nach bestandener Prüfung am LGL vom LGL bzw. vom StMUV verliehen und ist somit nicht durch § 132 a

StGB geschützt. Insofern ist es unabhängig, dass in Bayern, wie in den meisten anderen Bundesländern, ein solches Gesetz erlassen wird. Bedenken wegen diverser Vorgaben in der EU-Richtlinie 2018/985 sollten auszuräumen sein. Niedersachsen hat in seinem Gesetz aus dem Jahr 2017 die Vorgaben der EU Richtlinie bzgl. einer Berechtigung im Rahmen des europäischen Dienstleistungsverkehrs integriert, so dass Bedenken bzgl. Vertragsverletzungsverfahren im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit eines solchen Gesetzes bzw. einer Behinderung der Grundfreiheiten gleichwertiger Qualifikationen nicht mehr gegeben sein sollten. Der VHBB wird daher versuchen, dass dem Landtag baldmöglichst ein entsprechender Gesetzentwurf zum Schutz der Berufsbezeichnung vorgelegt wird.

Stellungnahme zu einem Entwurf des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes – GDVG

In einer Stellungnahme hat der VHBB Einspruch gegen eine Formulierung bzgl. der Regelung der Ausbildungsplätze zur 2. Staatsprüfung für Lebensmittelchemiker/-innen in der derzeit in der Beratung stehenden Novelle des bayerischen Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes (GDVG) erhoben. Es geht vor allem um die Formulierung zur Zulassung der berufspraktischen Ausbildung in Art. 28 Abs. 1 des Gesetzentwurfes, die derzeit lautet: *Die Zahl der Plätze für den berufspraktischen Teil der Ausbildung zum staatlich geprüften Lebensmittelchemiker kann nach Maßgabe des Staatshaushalts festgelegt werden (Ausbildungshöchstzahl)*. Der VHBB hat in seiner Stellungnahme nachdringlich gebeten, diese Formulierung zu ändern, denn hier entsteht der Eindruck, dass die Zahl der Ausbildungsplätze bei jeder Beratung des Doppelhaushaltes begrenzt werden kann; es wäre



eine Begrenzung *nach Kassenlage* und würde aus unserer Sicht den hohen Wert des 3. Abschnitts der Berufsausbildung bzw. die Qualifikation zum Staatl. gepr. Lebensmittelchemiker/in abwerten. Der 3. Prüfungsabschnitt ist keine *Weiterbildungsmaßnahme*, wie es in der Begründung des Gesetzes ausgeführt wird, sondern ein unerlässlicher Teil einer umfassenden Berufsausbildung zum/zur staatl. gepr. Lebensmittelchemiker/in: *ein Beruf eigener Art!* Die Ausbildung ist vergleichbar mit dem Referendariat und der Ausbildung zum Volljuristen, die nach der bestandenen zweiten juristischen Prüfung die Bezeichnung *Rechtsassessor* führen dürfen und zum Richteramt befähigt sind. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist inzwischen faktisch bereits auf 32 pro Jahr begrenzt, da eine deutliche Erweiterung schon aufgrund der personellen Situation, aber auch der begrenzten räumlichen Gegebenheiten in den Standorten des LGL, die für die Ausbildung zuständig sind, nicht realisierbar ist. Insofern wurde folgende alternative Formulierung für den Art. 28 Abs. 1 vorgeschlagen: „Die Zahl der Plätze für den berufspraktischen Teil der Ausbildung zur staatlich geprüften Lebensmittelchemikerin und zum staatlich geprüften Lebensmittelchemiker kann nach Maßgabe der verfügbaren Ausbildungskapazitäten, welche vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz im Einvernehmen mit dem Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit festgelegt werden, begrenzt werden (Ausbildungshöchstzahl).“



Neuwahl des Fachbereichsrates Lebensmittelchemie bei der VHBB Mitgliederversammlung

Bei der Mitgliederversammlung des VHBB am 24. Oktober wurden folgende Fachbereichsratsmitglieder gewählt:

- Dr. Elisabeth Bumberger,
LGL-Standort Oberschleißheim
- Dr. Norbert Christoph, Waldbrunn
- Dr. Martin Feuerbach,
LGL-Standort Würzburg
- Dr. Ulla Haderlein,
LGL-Standort Erlangen
- Dr. Christian Hinkel,
LGL-Standort Erlangen
- Dr. Martin Rapp,
LGL, LGL-Standort Oberschleißheim
- Dr. Guido Schleifer, Fürth
- Dr. Birgit Zimmermann,
LGL-Standort Oberschleißheim

Die Wahl des Vorsitzenden wird bei der konstituierenden Sitzung des neugewählten Fachbereichsrats erfolgen. Dr. Knut Werkmeister wurde als Vertreter des Fachbereichs nochmals

in den Vorstand des VHBB gewählt, so dass er in der Funktion als Vorstandsmitglied im VHBB, dem Fachbereich Lebensmittelchemie weiterhin beratend zur Seite stehen wird.

Der Fachbereichsratsvorsitzende Dr. Norbert Christoph bedankte sich bei Dr. Werkmeister, der 30 Jahre (1989 bis Februar 2019) den Vorsitz der Fachgruppe – zunächst in der *Fachgruppe Naturwissenschaften des Ärzteverbands Öffentlicher Gesundheitsdienst Bayern e. V. (Medizinalbeamtenverein)* und ab 1996 im VHBB inne hatte. Norbert Christoph würdigte die langjährige Tätigkeit von Dr. Knut Werkmeister und dankte ihm im Namen aller Mitglieder des Fachbereichs für seinen langjährigen sehr engagierten und wichtigen Einsatz für den Berufstand der Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker und den gesundheitlichen Verbraucherschutz im Rahmen der Lebensmittelüberwachung in Bayern.

29. Jahreshauptversammlung des Bundesverbands der Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker im öffentlichen Dienst (BLC) e.V.

Schwerpunktthema der Jahreshauptversammlung des Bundesverbandes der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst e.V. (BLC) am 18. und 19. Oktober 2019 in Mainz war das Thema: *Agieren statt Reagieren: Kontrolle braucht Weitblick* (siehe auch Pressemitteilung). Nach der Begrüßung durch den *BLC-Vorsitzenden Herrn Dr. Lehmann* erfolgten zunächst Grußworte von *Herrn MinDir Bernhard Kühnle, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft* und *Herrn Dr. Thomas Griese, Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten Rheinland-Pfalz (MUEEF RLP)*. Die von *Herrn Prof. Dr. Ulrich Nöhle* moderierte Podiumsdiskussion zum Schwerpunktthema stand ganz im Zeichen des *Wilke-Wurst-Skandals*. *Herr Prof. Dr. Alfred Hagen Meyer (Rechtsanwalt)*, *Herr Peter Loosen (Lebensmittelverband Deutschland)*, *Frau Kerstin Kamm (Abteilungsleiterin MUEEF, RLP)* und *Herr Dr. Ansgar Ferner (Institut für Hygiene und Umwelt Hamburg)* diskutierten sehr intensiv zu Fragen von Herrn Prof. Nöhle bzgl. künftig verbesserter *Kontrollen mit Weitblick*, wie z. B. besseres und schnelleres Krisenmanagement, interdisziplinäre Kontrollteams, bessere Vernetzung durch runde Tische der Bundesländer, Integration anderer Institutionen (z. B. Zoll, Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften) oder Intensivierungen im Bereich Lebensmittelbetrug. Die Diskussionsbeiträge wurden protokolliert und sollen vom BLC in ein Thesenpapier eingearbeitet werden.

BLC-Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung wurde u. a. der Rechenschaftsbericht des BLC Vorstands mit zahlreichen Aktivitäten vorgestellt. Ein von Bayern einge-

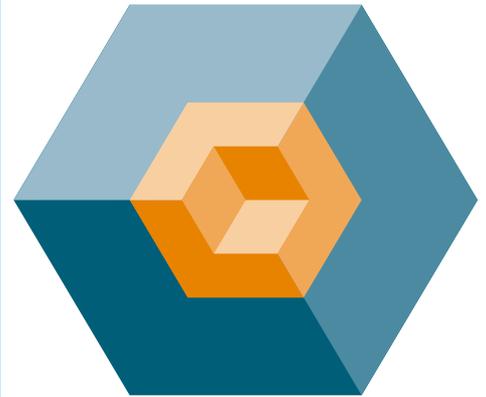
reicher Tagesordnungspunkt bzgl. fehlender Gesetze zum Schutz der Berufsbezeichnung *Lebensmittelchemiker/in* in den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen (s. Ausführungen zu dieser Thematik oben) wurde diskutiert. Der BLC möchte hier jedoch keine Initiativen ergreifen und empfahl, dass in den Bundesländern, in denen noch kein entsprechendes Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung vorhanden ist, sich die jeweiligen Landesverbände darum bemühen, dass baldmöglichst ein entsprechendes Gesetz vorgelegt und erlassen wird.

Fachlebensmittelchemiker/in – eine sinnvolle Qualifikation?

Herr Prof. Ulrich Nöhle, Ehrenmitglied des BLC schlug in der Mitgliederversammlung vor, für eine Berufsbezeichnung *Fachlebensmittelchemiker/in* nach dem Vorbild *Fachtierarzt/in* die nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Die Veterinäre haben mehr als 40 *Fachtierarzt-Qualifikationen* und nach Auffassung von Prof. Nöhle dadurch bessere Voraussetzungen bei Bewerbungen um Führungspositionen als Lebensmittelchemiker/innen. Der Vorschlag wurde von den Mitgliedern sehr positiv aufgenommen. Die Lebensmittelchemische Gesellschaft in der GDCh hat der Weiterbildung zum *Fachlebensmittelchemiker* bereits zugestimmt – nun gilt es, Kriterien der Qualifikation zu definieren, die dann evtl. vom Bund (BMEL) geregelt werden können.

Probenzahlen nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Grundsätze zur Durchführung der amtlichen Überwachung – noch zeitgemäß?

In die Sitzung des erweiterten BLC Vorstands am 18. Oktober 2019 wurde von unserem Fachbereich das Thema *Probenzahlen nach AVV RÜb – noch zeitgemäß?* eingebracht und vorge-



schlagen, darüber im Rahmen der nächsten Jahreshauptversammlung des BLC ausführlicher zu diskutieren. Es zeigte sich eine weitgehend übereinstimmende Ansicht der Delegierten aller Bundesländer, dass an der nach der AVV RÜb gesetzlich vorgegebenen Probenzahl für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände (5,5 Proben pro 1.000 Einwohner) zunächst nichts geändert werden sollte. Gleichzeitig war man aber auch übereinstimmend der Meinung, dass die aus dem Jahre 1936 stammende Vorschrift im Hinblick auf die vorgegebenen Probenzahlen nicht mehr zeitgemäß ist und den neuen Gegebenheiten und Aufgaben in der Lebensmittelüberwachung angepasst werden müsste. Es wurde beschlossen, dass sich zunächst eine Expertengruppe aus BLC und Landesverbänden mit der Thematik befasst und neue Ansätze erarbeitet, wobei versucht werden soll, auch die *Arbeitsgruppe Lebensmittelüberwachung* in der Lebensmittelchemischen Gesellschaft einzubinden. Vorschläge für neue Vorgaben in der AVVRÜb bzgl. der amtlichen Probenahme von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen könnten dann vielleicht schon im Rahmen der nächsten BLC Jahrestagung in Halle/Sachsen-Anhalt vorgestellt und diskutiert werden.

Dr. Norbert Christoph
Vorsitzender

Fachbereich Lebensmittelchemie 

Pressemitteilung des Bundesverbandes der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst e. V. (BLC) zum Schwerpunktthema der Jahreshauptversammlung 2019 in Mainz:

Agieren statt Reagieren: Kontrolle braucht Weitblick

<https://www.lebensmittel.org/blc/aktuelle-meldungen.html>

Am 18. und 19. Oktober tagt der Bundesverband der Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker im öffentlichen Dienst (BLC) in Mainz. Ausgerichtet wird die Tagung vom BLC-Landesverband Rheinland-Pfalz. Der öffentliche Teil der Jahreshauptversammlung befasst sich mit der Frage, wie die Lebensmittelkontrolle auch künftig vorausschauend aktuelle Sachverhalte aufgreifen kann, anstatt nur auf neue Herausforderungen zu reagieren. Denn die amtliche Lebensmittelüberwachung steht permanent neuen Aufgaben und Anforderungen gegenüber. Globale Märkte, international tätige Lebensmittelkonzerne, Internethandel und nicht zuletzt komplexe Geschehen bei Krisen zeigen, dass für eine wirksame Kontrolle nicht nur die notwendigen Ressourcen, sondern auch strukturelle Änderungen erforderlich sein werden. Bundesvorsitzender Dr. Detmar Lehmann: „*Proaktiver Verbraucherschutz vor Gesundheitsgefahren, Täuschung und Betrug braucht ausreichend Personal und Mittel*“

Hochwertige Lebensmittelüberwachung nicht zum Nulltarif

„Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt vor allem eines: Eine qualitativ hochwertige Lebensmittelüberwachung gibt es nicht zum Nulltarif“, so Lehmann weiter. Deshalb trete der BLC regelmäßig dafür ein, dass die politischen Entscheidungsträger entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stellten. Die Untersuchungsämter dürften nicht kaputtgespart werden. Sonst würden nur noch stur Programme abgearbeitet und keine neuen Analysemethoden entwickelt. Eine moderne apparative Ausstattung sei ebenso wichtig wie ausreichendes Personal, um Lebensmittelbetrug (wie Verfälschung von Olivenöl, Vortäuschung von frischem Thunfisch) oder neue Gesundheitsrisiken (wie Mineralöl aus Verpackungen, Pyrrolizidinalkaloide in Gewürzen) aufdecken zu können. Doch es sei schwierig, die Untersuchungskapazitäten für alle erdenklichen Analyseverfahren dauerhaft flächendeckend vorrätig zu halten, so dass möglicherweise auch über weitere länderübergreifende Kooperationen nachgedacht werden müsse.

Wirkungsvolle Lebensmittelüberwachung braucht richtige Strukturen

Der aktuelle Wurstskandal um die hessische Firma Wilke hat wieder einmal eindrücklich gezeigt, wie wichtig in solchen Fällen eine von der kommunalen Politik unab-

hängige Lebensmittelüberwachung ist. Das hat auch die bayerische kommunale Lebensmittelüberwachung nach mehreren ähnlich gelagerten Skandalen erfahren müssen. Dort hatte der Bayerische Rechnungshof empfohlen, die Kontrolle aus der kommunalen Ebene auf das Land zu verlagern. Daraufhin hat die bayerische Landesregierung die Kontrolle von größeren, überregional vertreibenden Betrieben aus der kommunalen Überwachung in die Zuständigkeit einer landeseigenen neuen Behörde, der Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, verlagert. Auch in Hessen könnte die betroffene kommunale Lebensmittelüberwachungsbehörde von der Unterstützung durch ein landesweites Kontrollteam – wie der hessischen Task Force Lebensmittelsicherheit – profitieren. Voraussetzung hierfür sei jedoch, dass das Kontrollteam über das erforderliche, qualifizierte Personal verfüge und nicht nur im Krisenfall, sondern auch bei Routinekontrollen die notwendigen Entscheidungskompetenzen habe. In diesem Punkt sieht Lehmann durchaus noch Verbesserungspotenzial.

Die Hauptforderungen des BLC

Der Täuschungsschutz muss neben dem Gesundheitsschutz angemessen berücksichtigt werden. Lebensmittelchemiker/-innen der amtlichen Laboratorien führen regelmäßig Überprüfungen an Lebensmitteln hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften zum Schutz vor Täuschung durch. Sie tragen mit ihren unabhängigen Untersuchungen und sachverständigen Beurteilungen dazu bei, dass die rechtlichen Vorgaben eingehalten und Verbraucher nicht getäuscht werden. Daher fordert der Bundesverband der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst:

- Damit der Verbraucherschutz in Deutschland weiterhin einen hohen Stellenwert besitzt, müssen die Fachexperten der amtlichen Lebensmitteluntersuchung personell und apparativ optimal ausgestattet sein
- Für das breite Spektrum an Kontrollaufgaben vor Ort bedarf es auch dort des Sachverständigen von Lebensmittelchemikern/innen. Der BLC wehrt sich gegen Einsparungen bei den kommunalen Fachbehörden und fordert mehr Lebensmittelchemiker/innen in den Vollzugsbehörden als Kontrollpersonal einzustellen.

Kunst und Kultur

Besuch der Staatsammlung für Anthropologie und Paläoanatomie München

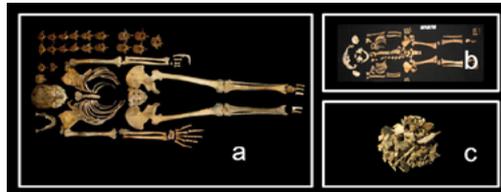
Am 11. Juli 2019 trafen sich die Mitglieder des Fachbereichs Kunst und Kultur zu einem Vortrag über die Arbeit der Abteilung Anthropologie der Staatsammlung für Anthropologie und Paläoanatomie München (SAPM). Die Veranstaltung fand im Dienstgebäude der SAPM am Münchner Karolinenplatz statt. Der klassizistische Bau wurde 1809 durch den Baumeister Carl von Fischer im Auftrag von Franz Wilhelm von Asbeck als Stallgebäude seines auf dem Gelände des heutigen Amerika-Hauses befindlichen Palais errichtet. In seiner wechselvollen Geschichte hatte das Gebäude verschiedenste Nutzer. In den späten 1950er Jahren befand sich hier der Nachtclub Eve Bar, den der junge Elvis Presley während seines Militärdienstes in Deutschland besuchte.

Die SAPM versteht sich als die für archäologische Skelettfunde zuständige staatliche Einrichtung des Freistaats Bayern. In der Sammlung der Abteilung Anthropologie werden menschliche Skelettfunde verwahrt, die in Bayern bei archäologischen Ausgrabungen zu Tage kamen. Aufgrund der anhaltend hohen Bautätig-



Dienstgebäude am Karolinenplatz

Fotos alles © SAPM



Verschiedene Erhaltungsformen menschlicher Überreste, wie sie in der SAPM vorkommen: a: Körpergrab eines Erwachsenen, b: Körpergrab eines Kindes, c: Leichenbrand



Stark deformierter Schädel (links) im Vergleich zu einer mittleren Ausprägung und einem undeformierten Schädel.

keit in weiten Bereichen des Freistaats kommen jährlich ca. 1.000 neue Skelettfunde hinzu. Insgesamt beherbergt die SAPM derzeit ca. 60.000 menschliche Überreste in ihrem Magazin, das sich in Dornach befindet. Die Erhaltung kann dabei sehr unterschiedlich sein: manchmal sind nicht komplette Skelette erhalten, sondern nur einige wenige Knochen oder es findet sich sogenannter Leichenbrand, also die auf Scheiterhaufen verbrannten Überreste der Verstorbenen. Die ältesten Funde haben ein Alter von ca. 50.000 Jahren und die jüngsten, ca. 100 Jahre alten, Überreste stammen aus der Neuzeit.

Knochen sind wichtige Quellen, deren Analyse dabei hilft, grundlegende Fragen der Menschheitsgeschichte zu erforschen. An einem Skelett lassen



Dr. Michaela Harbeck zeigt Knochenmaterial

sich auch in verbrannten Zustand nicht nur Alter, Geschlecht und Erkrankungen des Individuums ablesen, sondern durch die Untersuchung ganzer Bevölkerungen auf molekularchemischer Ebene (u. a. durch DNA- und Isotopenanalysen) auch Informationen über Bevölkerungsbewegungen, Lebensumstände und (prä-)historische Abläufe gewinnen. Menschliche Überreste sind damit ein Zeugnis menschlicher Geschichte, Kultur und Entwicklung. In diesem Sinne können sie als bewegliche Bodendenkmäler betrachtet werden, deren Schutz durch das Europäische Übereinkommen zum Schutz des Archäologischen Erbes klar für jegliche Überreste unabhängig von der Zeitstellung gefordert und durch das Bayerische Denkmalschutzgesetz geregelt wird.



Kunst und Kultur

Bericht aus dem Fachbereich

Daher ist die Aufgabe der SAPM neben der Sammlung und sachgerechten Aufbewahrung sowie konservatorischer Maßnahmen auch die Erforschung dieser Überreste. In dieser Kombination ist sie die einzige Institution dieser Art in Deutschland. Dr. Michaela Harbeck gab mit einem Vortrag anhand einiger Beispiele Einblick in die aktuellen Studien an der SAPM. Unter anderem wurde eine Studie zu frühmittelalterlichen Frauen vorgestellt, die in der zweiten Hälfte des 5. Jahrhunderts in Bayern gelebt haben und eine künstliche Verformung ihres Kopfes aufwiesen. Es ist bekannt, dass solche Deformationen in unterschiedlichen Bevölkerungen und zu unterschiedlichen Zeiten vorgenommen wurden, um dem Schädel eine charakteristische Turmform zu verleihen. Eltern umwickelten dafür den Kopf ihrer Kinder nach der Geburt einige Monate lang mit Bandagen. Historisch-genetische Untersuchungen konnten zeigen, dass es sich bei den mittelalterlichen Personen mit Schädeldeformation um Frauen handelte, die vor 1.500 Jahren aus dem Schwarzmeerraum in die bajuwarischen Siedlungen eingewandert waren. Dabei unterschieden sich diese Frauen nicht nur durch ihre manipulierten Schädel, sondern sie fielen auch durch andere Merkmale, etwa durch eine deutlich dunklere Haar- und Augenfarbe, auf, die sich ebenfalls genetisch feststellen ließen.

Die Anwesenden konnten diese artifizell deformierten Schädel anschließend nach dem Vortrag noch im Original anschauen und den Abend im Gespräch ausklingen lassen.

Dr. Michaela Harbeck
 Fachbereich Kunst und Kultur ■

Der Fachbereich Kunst und Kultur ist nicht nur der kleinste von allen fünf Fachbereichen, der jüngste, gemessen am Zeitpunkt seiner Gründung, sondern auch der bunteste und exotischste, so viele verschiedene Berufsfelder und Studiengänge unterschiedlichster Fachrichtungen vereinigen sich darin.

Die Anfänge waren recht bescheiden, es waren nur ca. zehn Personen, die, als es diesen Fachbereich noch nicht gab, vor allem beim Fachbereich Recht Unterschlupf gefunden hatten, bis 2012 ein eigener Fachbereich Kunst und Kultur gegründet wurde, der sich dann im Jahr 2013 konstituiert hat. Seitdem ist die Anzahl der Mitglieder stets gewachsen, sie hat sich seit den Anfängen sogar verdreifacht und gegenwärtig sind es 33 Mitglieder. Das mag im Vergleich zu den anderen Fachbereichen nach lächerlich wenig klingen, aber gerade in Zeiten, in denen Vereine und Verbände über Mitgliederschwund klagen, wo sich Menschen zunehmend nicht mehr längerfristig an eine Organisation binden möchten, ist es doch ein Erfolg.

Dem Fachbereich gehören Mitglieder aus verschiedenen Kulturverwaltungen an, die größtenteils dem Wissenschaftsministerium nachgeordnet sind, z. B. aus der staatlichen Archivverwaltung, aus den staatlichen Bibliotheken, dem Landesamt für Denkmalpflege, der Archäologischen Staatssammlung, aus Kunsthochschulen und staatlichen Museen, Mitglieder aus der Schlösserverwaltung und aus verschiedenen Regierungen, auch Mitglieder, die zwar beruflich nicht im Kulturbereich tätig sind, die sich aber der Kunst verbunden fühlen und an den Aktivitäten des Fachbereichs teilhaben wollen. In den vergangenen Jahren galt es vor allem, im Rahmen von Führun-

gen Arbeitsbereiche von Kulturschaffenden vorzustellen und kennenzulernen, auch solche, die nicht so leicht öffentlich zugänglich sind. So konnte beispielsweise 2016 auf Einladung von Frau Dr. Katrin Janis das Restaurierungszentrum der Bayerischen Schlösserverwaltung besucht werden; in den Jahren 2017 und 2018 fand zweimal eine exklusive Führung in der Residenz durch Herrn Dr. Hermann Neumann statt, dem für die Residenz zuständigen Referenten bei der Schlösserverwaltung. Im Juli 2019 war der Fachbereich zum ersten Mal zu Gast bei der Staatsammlung für Paläoanatomie und Anthropologie, die normalerweise keine Besuchergruppen empfängt; Frau Dr. Michaela Harbeck stellte interessante Projekte aus ihrer beruflichen Tätigkeit vor. Für Januar 2019 ist ein Besuch in der Kunstsammlung des Herzoglichen Georgianums geplant, dem zweitältesten Priesterseminar der Welt.

Die Gewinnung neuer Mitglieder ist gerade im Kulturbereich mit seinen vielschichtigen Organisationen nicht so einfach. Zu viele sehen sich eher als Künstler oder als Wissenschaftler und nicht so sehr als Beamte, um die Vorteile einer Verbandszugehörigkeit entsprechend zu schätzen. Deshalb wurde ein Werbeflyer entwickelt, der allen Personen, die noch nie etwas vom VHBB gehört haben, Antwort auf ihre wichtigsten Fragen gibt: Wer sind wir? Was machen wir? Welche Vorteile bietet eine Mitgliedschaft? und: Was kostet es? Denn auch im digitalen Zeitalter schätzen es viele, wenn sie Informationen wortwörtlich in die Hand bekommen. Den Flyer gibt es aber auch in elektronischer Form.

Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fachbereichen sich den Flyer zum Vorbild nehmen und ihn



in ähnlicher Weise auch für ihren Fachbereich nutzen.

Leider war in den letzten Jahren zu beobachten, dass mehr Mitglieder versterben als neue Mitglieder in den Verband eingetreten sind. So bleibt zu hoffen, dass diesem Abwärtstrend mit geeigneten Werbemaßnahmen etwas entgegengesetzt werden kann. Denn ein Rückgang der Mitgliederzahlen bedeutet nicht nur weniger Einnahmen, er bedeutet unter Umständen auch weniger Einflussnahme beim Dachverband BBB. Zur Zeit ist der VHBB im Hauptvorstand des BBB mit zwei Mitgliedern gut vertreten, da er zu den 19 mitgliederstärksten Verbänden gehört und damit automatisch ein Mitglied in den Hauptvorstand entsenden kann, in der Regel den Vorstandsvorsitzenden. Erfreulicherweise konnte die Vorsitzende des Fachbereichs Kunst und Kultur beim letzten Delegiertentag des BBB 2016 erneut einen der beiden freien Plätze durch Wahl erlangen.

Daher beschäftigt uns auch die Frage, wie wir mit dem Beitritt von wissenschaftlichen Beschäftigten umgehen, die laut Satzung auch beitreten können. Werben wir intensiv darum oder nicht? Eine Frage, die gerade für

den Fachbereich Kunst und Kultur von Interesse ist, da es hier viele Verwaltungen mit potentiellen Mitgliedern gibt, wo nur sehr wenige Beamte tätig sind, wie z. B. bei den staatlichen Theatern oder auch bei der Akademie der Wissenschaften.

Doch es gibt noch weitere Problemfelder, die besonders im Kulturbereich auffällig sind. Wer im Kulturbereich arbeitet, der weiß, dass dort die Bäume nicht in den Himmel wachsen; nach wie vor wollen viel mehr Menschen dort arbeiten, als feste, unbefristete Stellen zur Verfügung stehen. Und so nehmen viele befristete Verträge oder Bezahlungen oft weit unter ihrer Qualifikation in Kauf. Allgemein sind die Beförderungsmöglichkeiten und Karrierechancen deutlich schlechter als in anderen Bereichen. Und doch müssten manche Probleme nicht sein

Vertreter des Hauptpersonalrats beim Wissenschaftsministerium melden wiederholt, dass es aus den nachgeordneten Verwaltungen deutliche Klagen über mangelhafte Führungsqualitäten bei Führungskräften gibt, weil die nötigen Führungskompetenzen bei der Ausbildung entweder gar keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen und das Geld für entsprechende Fortbildungen knapp ist, was die Probleme des überall anzutreffenden Personalmangels noch zusätzlich verschärft. Ein Verband, der sich im Untertitel als *Führungskräfte bayerischer Verwaltungen* bezeichnet, ist hier natürlich besonders gefordert.

Ein weiteres Problemfeld sind die schlechten Bedingungen im Arbeitsschutz. In Bayern heißt es oft, seien die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst von allen Bundesländern am besten, hier verdient man am meisten, doch was den Arbeitsschutz betrifft,

sind wir leider das Schlusslicht, weil in mehr als der Hälfte aller Verwaltungen, sogar in Verwaltungen mit eigenen Werkstätten, das sog. Dienststellenmodell gilt, das keinen Anspruch auf einen Betriebsarzt oder eine Fachkraft für Arbeitssicherheit vorsieht. In den meisten Kulturverwaltungen wurden z.B. psychische Gefährdungsbeurteilungen, die hohen Krankenständen entgegenwirken könnten, noch nie durchgeführt, obwohl sie gesetzlich vorgeschrieben sind.

All das sind wichtige Tätigkeitsfelder, die es in den nächsten Jahren anzupacken gilt. Mein herzlicher Dank gilt allen Fachbereichsrätinnen und Fachbereichsräten, die in den vergangenen Jahren bei uns mitgewirkt haben und die alle bereit sind, auch in den kommenden vier Jahren wieder dabei zu sein. Besonders erfreulich ist, dass wir auch neue Interessenten für den Fachbereichsrat gewinnen konnten.

Bei der letzten Mitgliederversammlung zeichnete sich eine künftig intensivere Zusammenarbeit der Fachbereichsvorsitzenden untereinander bezüglich angesprochener Problemfelder ab, die in allen Fachbereichen in gleicher oder ähnlicher Form auftreten. Dies wäre sehr zu begrüßen! Uns allen wünsche ich eine harmonische und erfolgreiche Zusammenarbeit in den kommenden Jahren!

Dr. Monika von Walter
Vorsitzende Fachbereich
Kunst und Kultur ■



Beamtenversorgungsgesetz. Kommentar

Dr. Andreas Reich

Verlag C.H. Beck, München

2. Auflage 2019, XVIII/478 Seiten in Leinen

ISBN 978-3-406-73715 2

Preis: 99,00 Euro

1. Den Mitgliedern des VHBB sind einige der von Reich herausgegebenen Kommentare nicht unbekannt. So konnten bereits in der VHBB-Ausgabe 2014 (S. 35 ff.) der Kommentar zum Bundesbesoldungsgesetz und in der Ausgabe 2018 (S. 26 ff.) der Kommentar zum Beamtenstatusgesetz vorgestellt werden. Die Besprechung der ersten Auflage des Kommentars zum Beamtenversorgungsgesetz erfolgte im Jahressheft 2013 (S. 28 f.). Es ist erfreulich, dass jetzt bereits die zweite Auflage erschienen ist.

2. Der Autor, Dr. Andreas Reich, Leitender Ministerialrat a. D., Rechtsanwalt in Augsburg, war viele Jahre in den Landesverwaltungen Bayerns und Sachsen-Anhalts tätig; er ist durch zahlreiche einschlägige Publikationen ausgewiesen, vor allem auch in Fachzeitschriften. So hat er mir bei der letzten Mitgliederversammlung das Oktober-Heft 2019 der Zeitschrift *Die Öffentliche Verwaltung* übergeben, in welcher die Abhandlung *Vertragliche Gestaltung im Beamtenverhältnis* erschienen ist (S. 831 ff.)

3. Zielgruppe des Kommentars zum Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) sind Beamte nicht nur in Bundesbehörden,

sondern auch in Landes- und Kommunalbehörden, Personalräte, Verbandjuristen, Verwaltungsrichter und Rechtsanwälte. Auch wenn es sich bei Art. 74 Abs. 1 Nr. 27 des Grundgesetzes um eine gesetzgeberische *Fehlentscheidung* im Rahmen der Föderalismusreform I handelt, und der Bund sowie die Länder je eigene Versorgungsgesetze erlassen haben, so kann trotzdem z. B. ein bayerischer Landesbeamter bzw. Ruhestandsbeamter bei einem Vergleich des BeamtVG mit dem Bayerischen Beamtenversorgungsgesetz (BayBeamtVG) eine Reihe von Gemeinsamkeiten finden.

4. Viele Gemeinsamkeiten finden sich insbesondere bei der Regelung über die Unfallfürsorge, wie eine Gegenüberstellung der §§ 30 ff. BeamtVG und der Art. 45 ff. BayBeamtVG zeigt. Zu Recht betont Reich im Vorwort (S. V), dass es Beamten und Beamtinnen während der aktiven Dienstzeit bei Dienstunfällen oft schwer falle, Fürsorgeleistungen einzufordern; denn die darin enthaltene Offenlegung möglichen Versagens könnte vom Dienstvorgesetzten als Einräumen der Unfähigkeit angesehen werden. Für diese Fälle gibt der Kommentar in rechtlicher Sicht einige Sicherheiten.

Wenn es bei Ihnen zu einem **Schadensfall** gekommen ist, den Sie der **Privat-Haftpflichtversicherung** (die Sie über den VHBB abgeschlossen haben) melden möchten:

Senden Sie diese **SCHADENSMELDUNG** immer an die Geschäftsstelle des VHBB. Gerne werden wir Ihre Meldung mit einem entsprechenden Vermerk über Ihren Versicherungsumfang an die Versicherung weiterleiten.

Falls Sie Fragen haben, rufen Sie uns bitte an.



FÜHRUNGSKRÄFTE BAYERISCHER VERWALTUNGEN

Verband der höheren Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten in Bayern e. V.

Wotanstraße 86
80639 München
Telefon 089.2800111
Fax 089.2805664
E-mail info@vhbb.de

5. Zur Frage, wann ein Dienstunfall vorliegt, stimmen § 31 BeamtStG, Art. 46 BayBeamtVG oder § 31 des für das Land Berlin geltenden Gesetzes im Wesentlichen überein. Dort suchte eine Beamtin während der regulären Dienstzeit die im Dienstgebäude gelegene Toilette auf. Dabei stieß sie mit dem Kopf gegen den Flügel eines weit geöffneten Fensters und zog sich eine stark blutende Platzwunde und eine Prellung zu. Das Land Berlin als Dienstherr lehnte die Anerkennung dieses Ereignisses als Dienstunfall unter Verweis auf die einschlägige Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte in Bayern ab. Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts (VG) München (BBB-Nachrichten 11/12-2013, S. 30) hatte sich ein Beamter auf der Toilette seinen Mittelfinger zwischen zwei Türen eingeklemmt und verletzt. Das Gericht sah darin keinen Dienstunfall; denn nur der Weg zur Toilette, nicht aber der Aufenthalt dort unterliege dem Schutz des Dienstunfallrechts. Hier handle es sich um eine rein private Angelegenheit, die in keinem Zusammenhang mit der dienstlichen Tätigkeit stehe.

Das VG Berlin (BBB-Nachrichten 7-8/2016, S. 23) entschied, dass zwar das Aufsuchen der Toilette selbst keine dienstliche Tätigkeit darstelle, sondern in die Sphäre des Beamten falle. Gleichwohl gehörten Toiletten zum vom *Dienstherrn unmittelbar beherrschten räumlichen Risikobereich*. In diesem Sinne hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) im Rahmen der zugelassenen Sprungrevision mit Urteil vom 17. November 2016 (BBB-Nachrichten 11-12/2016, S. 23 = ZBR 2017, 196; Reich 32 Rn. 4) festgestellt, dass ein Beamter auch dann vom Dienstunfallschutz erfasst ist, wenn er während der Dienstzeit die im Dienstgebäude gelegene Toilette aufsucht. Damit wurde die Entscheidung des VG Berlin bestätigt und nicht das *lebensfremde* Urteil des VG München (dazu Hilg, apf 2017, 255/258 m.w.N.).

6. So vielfältig das Leben ist, auch das eines Beamten, so vielfältig sind auch die möglichen Unfälle und sonstigen Unannehmlichkeiten. Es kann etwa darum gehen, unter welchen Voraussetzungen ein Zeckenbiss als Dienstunfall anerkannt wird (Reich, § 31 Rn. 4), oder darum, dass personelle Maßnahmen wie die Mitteilung einer *Weg-Umsetzung* traumatisierende Wirkung haben und zu prüfen ist, ob ein Dienstunfall vorliegt, was nur ausnahmsweise der Fall ist (dazu Hilg,

apf 2017, 255 ff.; Reich, § 31 Rn. 3). Da Mobbing kein plötzliches Ereignis im Sinn des § 31 Abs. 1 Satz 1 BeamtVG ist, liegt kein Dienstunfall vor (Reich § 31 Nr. 3). Bei einem fortgesetzten Mobbing jedoch können Schadensersatzansprüche gegen den Dienstherrn des Schädigers (Amtshaftungsansprüche) begründet sein (Günther, ZBR 2015, 404/410 f.).

7. Jede Mitteilung über Bezüge oder sonstige Leistungen des Dienstherrn wie Beihilfen enthält den Hinweis, dass die aktiven Beamten und die Ruhestandsbeamten verpflichtet sind, alle Änderungen ihrer persönlichen und sonstigen Verhältnisse, die für die Festsetzung und Zahlung ihrer Dienst- bzw. Versorgungsbezüge und der sonstigen Leistungen maßgebend sind, unverzüglich und unaufgefordert der zuständigen Stelle mitzuteilen. Geschieht das nicht, sind zuviel gezahlte Versorgungsbezüge nach § 52 Abs. 2 BeamtStG (ebenso Art. 7 Abs. 2 BayBeamtVG) rückzufordern. Hierbei kann es darum gehen, ob sich der Beamte auf den Wegfall der Bereicherung oder auf Verjährung berufen darf (Reich, § 52 Rn. 4; ders., BBesG, § 12 Rn. 6). Da insoweit die bundes- und landesrechtlichen Regelungen übereinstimmen, sind die Kommentare von Reich zum BeamtVG und zum BBesG auch hier für Landesbeamte sehr hilfreich. Sie stellen eine Bereicherung für die Literatur dar.

Dr. Günter Hilg
Fachbereichsrat Recht 



Liebe Mitglieder,
Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freunde,

zum 1. Januar 2020 wird die 2. Stufe der Besoldungsentwicklung mit einer weiteren Erhöhung der Bezüge um 3,2 % (wie schon zum 1. Januar 2019) in Kraft treten. Zum 1. Januar 2021 erfolgt dann nochmals ein Nachschlag um 1,4 %. Anwärtnerinnen und Anwärter erhalten zum 1. Januar 2020 eine weitere Erhöhung um 100 Euro (1. Januar 2019: 50 Euro).

Mit dem zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Zeitschrift in der parlamentarischen Beratung befindlichen Gesetzentwurf zur *besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf* sowie zur *Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften* soll die Ausschlussfrist für den Erstattungsantrag bei der Beihilfe in Zukunft auf drei Jahre verlängert werden. Ein großes – und mitunter für die Betroffenen teures – Ärgernis wegen Verfristung des Erstattungsantrags kann damit entschärft werden.

Gleichzeitig soll der Grenzbetrag gem. Art. 96 Abs. 1 BayBG für den Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 Abs. 3 EStG) der Ehegatten und Lebenspartner, innerhalb dessen ein Beihilfeanspruch auch für sie besteht, von derzeit 18.000 Euro auf 20.000 Euro erhöht werden.

Insoweit trägt der Gesetzentwurf auch der hierzu eingebrachten Petition des VHBB an den Bayerischen Landtag vom April 2019 positiv Rechnung.

In unserem Dachverband, dem Bayerischen Beamtenbund (BBB), steht nach einer langen Zeit der Kontinuität ein Wechsel an. Rolf Habermann legt zum Hauptausschuss des

BBB am 25. März 2020 das Amt des Vorsitzenden nieder, der Hauptausschuss wird für die restliche Wahlperiode eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger wählen. Auf dem Delegiertentag am 22. April 2021 wird anschließend der gesamte Vorstand neu zu wählen sein.

An dieser Stelle sei Rolf Habermann seitens des VHBB herzlich gedankt für sein unermüdliches Eintreten für den öffentlichen Dienst in Bayern. Über 18 Jahre hinweg hat er mit großer Weitsicht und mit einem ausgezeichnet scharfen Blick auf die Bedürfnisse der Beamtinnen und Beamten einerseits und der politischen und finanziellen Machbarkeit andererseits stets einen partnerschaftlichen Dialog mit der Staatsregierung geführt. Dieses Wirken auf *Augenhöhe* ist nicht zuletzt eine Voraussetzung für die hervorragende gegenseitige Wertschätzung zwischen Staatsregierung und öffentlichem Dienst in Bayern, um die wir bundesweit mitunter auch beneidet werden. Wir wünschen Rolf Habermann gemeinsam mit seiner Gattin Karin alles Gute für die Zukunft bei bester Gesundheit.

Für die bevorstehenden Festtage wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr!

Herzliche Grüße
Peter Meyer

1. Vorsitzender

Wichtige Informationen zur EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Wir nutzen Ihre personenbezogenen Daten nur zum Zwecke der Führung Ihrer Mitgliedschaft im VHBB.

Wir geben Ihre persönlichen Daten nur in folgenden Fällen weiter:

- Wenn Sie an die Geschäftsstelle des VHBB eine **Schadensmeldung** senden, leiten wir diese mit Ihrer Privatadresse und Ihrem Versicherungsumfang im Rahmen der von Ihnen abgeschlossenen Versicherungen weiter. So wird eine schnelle Bearbeitung Ihrer Schadensmeldung ermöglicht.
- Wenn Sie einen Antrag auf **Rechtsschutz** stellen, geben wir Ihre im Antragsformular gegebenen Daten an den Bayerischen Beamtenbund (BBB) weiter. Dies dient der schnellen Bearbeitung Ihres Anliegens.
- Damit Sie die regelmäßig erscheinenden **BBB-Nachrichten** im Rahmen Ihrer Mitgliedschaft erhalten, geben wir Ihre Privatadresse an den Bayerischen Beamtenbund (BBB) zum Zwecke des Versands weiter.

Die Geschäftsstelle arbeitet bereits seit vielen Jahren sorgfältig und gewissenhaft mit Ihren Daten. Eine Herausgabe zu anderen als den oben aufgeführten Zwecken fand und findet nicht statt. Auf unserer Internetseite www.vhbb.de haben wir aufgrund der geänderten gesetzlichen Bestimmungen eine allgemeine Datenschutzerklärung veröffentlicht.

Roland Hoffmann
VHBB-Geschäftsstelle

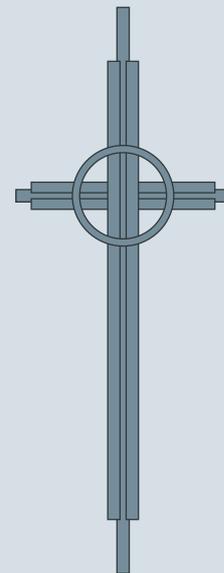
Als neue Mitglieder begrüßen wir herzlich

Emanuel Bauer	Regierungsrat	Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
Moritz Bergen	Forstrat	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürth
Britta Böhnke	Bauberrätin	Autobahndirektion Südbayern
Christine Claaszen	Oberregierungsrätin	Bayerischer Landtag
Inge Durth-Sachs	Baudirektorin	Regierung von Oberbayern
Christian Famira-Parcsetich	Regierungsbaumeister	Rathaus Erding
Michael Fried	Richter am VG	Verwaltungsgericht Ansbach
Josef Gediga	Regierungsvizepräsidenten	Regierung von Schwaben
Heidrun Graf	Regierungsdirektorin	Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
Stefan Hellmann	Oberverwaltungsrat	Abwasserzweckverband Erdinger Moos
Maximilian Herbst	Regierungsrat	Landratsamt Freising
Tanja Höhr	Regierungsrätin	Regierung von Schwaben
René Kanditt	Baurat	Bayerisches Landesamt für Umwelt
Markus Kapischke	Regierungsdirektor	Universität Regensburg
Andreas Käser	Regierungsrat	Landratsamt Straubing-Bogen
Martin Kroker	Ltd. Regierungsdirektor	Universitätsklinikum Würzburg
Thomas Lieckfeld	Baurat	Staatliches Bauamt Bayreuth
Filip Ludwig	Oberregierungsrat	Bayerische Staatskanzlei
Reinhard Mast	Oberregierungsrat	Staatliches Bauamt Schweinfurt
Jennifer Mels	Chemierätin	Bayer. Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
Marion Meyer	Regierungsrätin	Staatliches Bauamt Amberg-Sulzbach
Antje Schellenberg	Chemieoberrätin	Bayer. Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
Sebastian Schneider	Regierungsrat	Regierung von Niederbayern
Rainer Schömig	Regierungsrat	Landratsamt Weilheim-Schongau
Thorsten Stegh	Oberregierungsrat	Universität Würzburg GmbH für Bildungs- und Campusdienstleistungen
Claudio Stein	Regierungsrat	Ludwig-Maximilians-Universität München
Joachim Strobel	Pharmazieoberrat	Regierung von Oberfranken
Isolde von Foerster	Bibliotheksrätin	Bayerische Staatsbibliothek
Henrik Vosdellen	Baurat	Staatliches Bauamt Krumbach
Michael Welnhofer	Regierungsrat	Landratsamt Kelheim
Harald Wilhelm	Direktor	Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

März 2015	Leo Bonnländer	Regierungsdirektor a. D.	Landshut
Januar 2016	Dr. Hermann Lickleder	Forstoberrat a. D.	Kelheim
März 2017	Dipl.-Ing. Walter H. Lechner	Direktor i.R.	Nürnberg
April 2014	Prof. Dr. Willibald Folz	Präsident a. D.	München
November 2017	Georg Raum	Präsident a. D.	Riemerling
März 2018	Alois Zitzmann	Baudirektor a. D.	Landau
Oktober 2018	Hermann Schöttl	Vermessungsobererrat a. D.	Straubing
Januar 2019	Herbert Horak	Regierungsdirektor a. D.	Pfarrkirchen
Januar 2019	Jörg Schröder	Ltd. Regierungsdirektor a. D.	Augsburg
Januar 2019	Manfred Hofmann	Ltd. Baudirektor a. D.	Altenmarkt
Februar 2019	Dr. Anton Eck	Ltd. Regierungsdirektor a. D.	Haidmühle
Februar 2019	Dr. Ernst Schnerr	Ministerialdirektor a. D.	Gräfelfing
März 2019	Dr. Hans Helmut Schiedermaier	Präsident a. D.	Gräfelfing
März 2019	Josef Bogner	Regierungsdirektor a. D.	Neumarkt
April 2019	Dr. Hugo Hartmann	Ltd. Ministerialrat a. D.	München
April 2019	Dr. Wilhelm Weidinger	Regierungspräsident a. D.	Regensburg
April 2019	Dr. Karl Lorenz	Ministerialrat a. D.	München
April 2019	Bernhard Ettner	Vors. Richter am VG a. D.	Regensburg
April 2019	Siegfried Bühner	Ltd. Regierungsdirektor a. D.	Nürnberg
Mai 2019	Gerhard Julinek	Ltd. Baudirektor a. D.	Bergen
Juli 2019	Manfred Schmid	Abteilungsdirektor a. D.	Landshut
Juli 2019	Emil Bachmann	Ltd. Ministerialrat a. D.	Ottobrunn
Juli 2019	Peter Pickel	Regierungsdirektor a. D.	Regensburg
Juli 2019	Dipl.-Ing. Georg Ellrott	Abteilungsdirektor a. D.	Ansbach
August 2019	Reinhard Oestreicher	Ltd. Baudirektor a. D.	Bayreuth
Oktober 2019	Wolfgang Mühlberger	Ltd. Regierungsdirektor	Regierung von Niederbayern
Oktober 2019	Dr. Konrad Hildenbrand	Ltd. Chemiedirektor a. D.	Würzburg
November 2019	Hans Geiger	Ltd. Baudirektor a. D.	Vachendorf



Impressum

HERAUSGEBER & REDAKTIONSANSCHRIFT

VHBB – Verband der höheren Verwaltungsbeamten und Verwaltungsbeamten in Bayern e. V.,
Wotanstraße 86, 80639 München,
Telefon: 089/28001 11,
E-Mail: info@vhbb.de, Internet: www.vhbb.de
ISSN 1862-6890

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH

Peter Meyer, Direktor
Bezirk Oberfranken

GESTALTUNGSKONZEPT

Petra Felser

REDAKTION, SATZ & LITHO

Roland Hoffmann, VHBB

DRUCK

Druckerei Butt
Obere Hauptstraße 30
84072 Au i. d. Hallertau

AUTOREN

Dr. Claudia Bauer-Christoph, Chemieoberrätin
Bayer. Landesamt für Gesundheit und
Lebensmittelsicherheit

Dr. Wolfgang Bruckmann, Abteilungsdirektor
Bezirk Oberbayern

Dr. Elisabeth Bumberger, Chemieoberrätin
Bayer. Landesamt für Gesundheit und
Lebensmittelsicherheit

Dr. Norbert Christoph, Ltd. Chemiedirektor a. D.

Elisabeth Freitag, Regierungsdirektorin
Regierung von Niederbayern

Dr. Michaela Harbeck, Konservatorin
Staatssammlung für Anthropologie
und Paläoanatomie

Dr. Günter Hilg, Abteilungsdirektor a. D.

Roland Hoffmann, VHBB

Peter Meyer, Direktor
Bezirk Oberfranken

Michael Pahlke, Oberregierungsrat
Bayerisches Staatsministerium für Wohnen,
Bau und Verkehr

Rudolf Rast, Ltd. Baudirektor a. D.

Sabine Schmalhofer, Baudirektorin
Verband für Ländliche Entwicklung Niederbayern

Frieder Vogelsongang, Ltd. Baudirektor
Regierung von Oberbayern

Dr. Monika von Walter, Archivoberrätin
Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Petra Wengert, Oberregierungsrätin
Regierung von Schwaben

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar.
Nachdruck von Texten und Fotos nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Fotos, wenn nichts anderes angegeben: Petra Felser, Roland Hoffmann



*Wir planen auch Ihre Rente –
als wär's unsere eigene.*

**Sichere Rente
schon mit
wenig Geld!**

Genießen Sie's!

VER|**SICHER**|UNGS
KAMMER
BAYERN

 Finanzgruppe

Sichere Rente schon mit wenig Geld! Damit Sie jetzt und auch in Zukunft auf nichts verzichten müssen und flexibel bleiben. Ganz gleich, was Sie sich für Ihr Leben noch vorgenommen haben, mit einer privaten Altersvorsorge bleiben Sie stets unabhängig. Damit erhalten Sie weitaus mehr als die knappe gesetzliche Rente. Bleiben Sie finanziell abgesichert – auch in Zukunft. Wir sagen Ihnen gerne, wie. Weitere Informationen zum Thema Rente finden Sie auch auf www.versicherungskammer-bayern.de.